Alhambra

Zeitung & Programm

Frühjahr 2018

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE24280501000000430397

zeitung
– unterstützer_innen –

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss für die Jubiläums-Ausgabe:
30.Juni 2018

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1

lokales
Aufruf zur Autonomen 1. Mai-Demo 2
Redebeitrag zur Efrîn-Demo 3
Ein Pinguin, der in Oldenburg zur Reformation aufrief 5

antifa
Die radikale Linke nach der Wahl 6
Was tun gegen die AfD? 7

antira
Interview: „Wir haben einen langen Atem" 12
Eine (unvollständige) Chronologie der Repressionen gegen die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh 15

klima
Legal-Team-Auswertung zum Klimacamp 2017 und den Aktionstagen 19

vernetzung
Solidaritätserklärung des ZAZ gegen Kriminalisierungsversuche linker Zentren nach G20 23

liebes_leben
Romantische Zweierbeziehungen und warum Liebe weh tut 24

repression
Zur Zensur von indymedia linksunten durch das Bundesinnenministerium 30

Ankündigungen 33

Tatataaa! Das Alhambra jubiliert, 2018 schreibt dein lokales Autonomes Zentrum ganze 40 Jahre linke Bewegungsgeschichte. Das will gefeiert werden (siehe Seite 33)! Zur fulminanten Sause hätten wir gerne ein Jubiläumsheft parat, mit einem bunten Sammelsurium an Beiträgen rund um die Geschichte des Hauses und seine_r Nutzer_innen. Insbesondere die letzten 10 Jahre wollen noch „dokumentiert" werden. Lasst eurer Kreativität freien Lauf! Mehrgenerationeninterviews, ein Aufsatz im Schulduktus mit dem Titel: „Mein schönstes Alhambraerlebnis", ein Comic zur chaotischsten voKü-Session deines Lebens, oder Bilder von Instandhaltungsmaßnahmen. Das Projekt braucht eure Hilfe, ihr produziert die Inhalte, wir sortieren. Wir werden also hoffentlich sehr beschäftigt sein und die Sommerausgabe der Alhambra-Zeitung aussetzen. Ihr hört im Spätherbst wieder von uns. Hoch die Tassen!

Moin Leute,

und wieder heißt es:
Heraus zum autonomen 1. Mai!

Lange Zeit haben wir nichts von uns hören lassen und auch bis zum Erscheinen der nächsten „regulären“ Ausgabe der Alhambra-Zeitung wird wohl noch einiges Wasser die Hunte runter fließen (siehe Infokasten zum Jubiläumsheft im Sommer unter dem Inhaltsverzeichnis). Doch pünktlich zur Mobilisierung zum 1. Mai haltet ihr jetzt die neue Ausgabe der Alhambra-Zeitung in der Hand. Das Plakat zur Demo ziert unsere Titelseite und den Aufruf findet ihr ganz vorne auf Seite 2. Unter dem Motto „Utopien – Erkämpfen, Leben, Verteidigen“ wird dort auf die Straßen Oldenburgs mobilisiert, um den düsteren gesellschaftlichen Entwicklungen auf diesem Planeten Ideen vom besseren Leben für alle entgegen zu setzen und im kollektiven Protest den Ausbruch aus gefühlter Ohnmacht zu befeuern.

Lasst uns ein Beispiel nehmen, an den tausenden Menschen in Oldenburg, die in den vergangenen Monaten den Angriffskrieg Erdogans auf die kurdischen Gebiete in Nordsyrien mit fast täglichen Kundgebungen und Demonstrationen beantworteten und zahlreich und solidarisch in Aktion treten! Auf Seite 3 ist ein Redebeitrag zu lesen, der auf der Afrin-Demo am 16. März gehalten wurde, aufgrund der akustischen Gegebenheiten aber nur schwer verständlich war. Er gibt zwar die Situation in Afrin Mitte März wieder, ist aber nach wie vor lesenswert!

Ein weiterer Beitrag aus und über die lokale Bewegung ist zwar schon etwas älter, uns aber noch gut in Erinnerung: Im „Lutherjahr“ 2017 rief in Oldenburg ein Pinguin zur Reformation auf. Sofern ihr seine Thesen noch nicht vernommen habt, sind sie nun für Euch auf Seite 5 dokumentiert. Wieso jetzt auch noch Niedersachsen ausgerechnet den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag einführen will, obwohl es mit dem 8. März oder dem 8. Mai wirklich gute Gegenvorschläge gab ist uns dennoch unverständlich, obwohl wir natürlich auch nichts dagegen haben am Tag des Pinguins frei zu haben.

Der große Wahlerfolg der AfD letzten Herbst hat leider mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass nicht nur berühmt berüchtigte Menschenfeinde mit Namen Luther oder charakteristischen Oberlippenbärtchen „Inn“ sind. Mit Unbehagen verfolgen wir die reaktionären gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Monate und fragen uns wie es weiter gehen soll. Ab Seite 6 findet ihr ein paar Handlungsansätze von zwei Antifaschist*innen, die wir nach den Bundestagswahlen auf dem Debattenblock der IL gefunden haben.

Ab Seite 24 findet sich ein weiterer Blogartikel, der zum diskutieren einlädt – ganz im Privaten, aber/oder auch politisch. Lasst euch überraschen.

Wichtig war uns auch die Dokumentation der jetzt schon 13 Jahre dauernden Kämpfe um Aufklärung und Gerechtigkeit im Fall Oury Jalloh (Seiten 12-19). Der lange Atem der Initiative um die Anerkennung, dass Oury Jalloh von Polizeibeamten ermordet wurde, zeigt endlich Wirkung.

Etwas älter ist eine Auswertung des „Legal Team für alle“ der Aktionen im Rahmen des Klimacamps 2017 (Seite 19). Sicherlich eine gute Grundlage für kommende Aktionen.

Wir wollen auch nicht vergessen, dass wir in reaktionären post-G20 Zeiten, in denen linksradikale Informationsplattformen wie indymedia linksunten zensiert werden (mehr dazu ab Seite 30) und ein Horst Seehofer ein Heimat- und Innenministerium unterstellt bekommt, verstärkte Angriffe auf linke Zentren erwarten müssen. Mit der Roten Flora in Hamburg, dem KTS in Freiburg, dem Café Exzess und dem Klapperfeld in Frankfurt hat es einige schon getroffen. Eine Solidaritätserklärung des Zusammenschluss autonomer Zentren (ZAZ) lest ihr auf Seite 23.

Wir wünschen euch einen schönen Sommer und warten auf eure Beiträge für die Jubiläumsausgabe!

Euer Redaktionskollektiv

Autonomer 1.Mai 2018

UTOPIEN erkämpfen | leben | verteidigen

Warum Utopien?

Es mag realitätsfern und hochtrabend klingen, von Utopien zu reden. Utopia als ideeller gedanklicher Zufluchtsort dessen Umsetzung scheitern muss. Und doch gerade im Angesicht der aktuellen lokalen und globalen Entwicklungen, den sicht- und vor allem hörbaren Rechtsruck in der Gesellschaft, der Entsolidarisierung und der zunehmenden Rücksichtslosigkeit gegenüber Geflüchteten, Wohnungslosen, Trans*personen oder anderen marginalisierten, nicht einer vermeintlichen Norm entsprechenden Personen, scheint nur noch eine dystopische Zukunft denkbar. Massenüberwachung, digitale Auswertung von persönlichen Daten, eine Digitalisierung der Kriegsführung nehmen beängstigende Züge an. Daher ist es gerade nun wichtig, aufzustehen und sich für utopische Gesellschaftsordnungen einzusetzen, Freiräume und Errungenschaften nicht nur zu verteidigen, sondern auszuweiten und ein solidarisches Miteinander mit Leben zu füllen.

Lasst uns den dystopischen Visionen positive Bilder entgegenstellen!

In der syrischen Region Rojava zum Beispiel entwickelt und lebt die ansässige Bevölkerung eine solidarische Gesellschaft, basierend auf dem Konzept des Demokratischen Konförderalismus. Der Aufbau dieser lokalen Utopie wird konstant von nationalistischen, fundamentalistischen und autoritären Kräften unter anderem aus Syrien und der Türkei angegriffen. Von Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika im Stich gelassen, bleibt der Bevölkerung alleine die militante Verteidigung ihrer Gesellschaft.

Militant erkämpft und verteidigt wurden in Deutschland insbesondere in den 70er bis 80er Jahren linke selbstorganisierte Zentren. Leerstehende Häuser wurden besetzt und Freiräume geschaffen um sie mit emanzipatorischer Praxis zu füllen. Hier konnten und können bis heute verschiedene Konzepte durchdacht, erprobt und gelebt werden. An diesen Orten wird sich unter anderem in Theorie und Praxis mit linker Politik, Solidarität, gesellschaftlichen Machtstrukturen und vielem mehr auseinandergesetzt.

Seit den G20-Protesten im Juli 2017 in Hamburg sind viele linke Zentren massiver Repression ausgesetzt. Der auch durch die Öffentlichkeit unterstützte und legitimierte Hass auf linke Bewegungen motiviert Polizei, Kommunen und Staat zu einem harten Durchgreifen, sei es mittels Durchsuchungen von Privathäusern und Zentren, Räumungsandrohungen, der Streichung von Geldern für solidarische Arbeit und dem Verbot von indymedia.linksunten. Parallel dazu läuft die Militarisierung der Polizei auf Hochtouren, Pfefferspray, CS-Gas und Wasserwerfereinsatz bei Minusgraden gehört noch zum „charmanten" Repertoire der Demobegleitung. Auch das Sondereinsatzkommando (SEK), bewaffnet mit Maschinengewehren und trainiert für die Aufstandsbekämpfung, wird vermehrt zur Einschüchterung eingesetzt. Verschärfungen in der Gesetzgebung, sowie die Gleichsetzung von legitimen Demonstrationen mit gewaltbereiten Hooligan-Aufmärschen diskreditieren politische Meinungsäußerung und kriminalisieren politisch Aktive. Der Einsatz von körperlicher Gewalt und vorsätzlicher Körperverletzung durch Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten (z.B. BFE) sowie die darauf folgende Verhaftung zum Teil schwerverletzter Demonstrant*innen gehört heutzutage ebenfalls zum linkspolitischen Alltag. Allein die Anwesenheit bei einer politischen Demonstration kann mehrere Monate Gefängnis bedeuten, ohne das eine individuelle Handlung nachgewiesen werden muss.

Und wo wir schon bei repressiver Staatsgewalt sind...

Die Urteilsverkündung des NSU-Prozesses nähert sich. Auf der Anklagebank sitzen Beate Zschäpe und andere Täter aus dem Umfeld des nationalsozialistischen Untergrundes. Dort fehlen jedoch diejenigen in Staat und Institutionen, wie bspw. Innenministerien, Verfassungsschutz und Polizei, die durch gezieltes Wegschauen, finanzieren über V-Leute, rassistische Untersuchungspraktiken, auch nachträgliche Vernichtung von Beweismitteln, Verschleierung und vielen weiteren Anzeichen von institutionellen Rassismus diese Taten ermöglichten. Daran hat sich auch heute – mehr als 6 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU – nichts geändert.

Geändert hat sich nichts an der Tendenz zur Abschottung in der Festung Europa. Über die Verschärfung des Asylrechts, stärkere Grenzkontrollen nicht nur an den Aussengrenzen Europas, erschwerter Familiennachzug, Abschiebungen in vermeintlich sichere Herkunftsländer, geplante „Rückführungszentren" zur Inhaftierung, bis hin zur Diffamierung von Geflüchteten als Wohlstandsmigranten; die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung ist beängstigend, macht wütend und erfordert unseren gemeinsamen Widerstand!

Eine lokale Form des Widerstands in dieser kapitalistischen Gesellschaft zeigt sich auch in der Unterstützung und Beratung der migrantischen Fleischarbeiter*innen im südlichen Oldenburger-Raum. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter*innen betrifft dabei die Nicht-Einhaltung von Arbeitsrecht, rassistische Praktiken der Wohnungsvergabe, sowie der unzureichende Zugang zum Gesundheitssystem, zu Bildung und zum sozialen Leben.

Wir glauben trotz allem daran, dass eine bessere Welt möglich ist.

Aber sie kommt nicht von allein. Steht auf gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus, werdet laut gegen Homophobie, Trans- und Queerfeindlichkeit! Setzt euch ein gegen sexistische und klassistische Strukturen, bringt euch in solidarische Projekte ein, versucht euch an gemeinsamer Ökonomie! Schließt euch Strukturen an, die den Klimawandel bekämpfen! Es gibt viel zu tun, aber wir schaffen es nur gemeinsam!

Also werdet aktiv!

Kämpft! Lebt! Verteidigt!

Redebeitrag zur Efrîn-Demo am 16.3.2018

Liebe Oldenburgerinnen und liebe Oldenburger, liebe Reisende, nehmen Sie sich doch bitte einige Minuten Zeit, um mir zuzuhören. Ich möchte Ihnen etwas darüber erzählen, warum wir heute hier demonstrieren und laut sind:

Seit dem 20. Januar 2018, also seit nunmehr 56 Tagen greifen die türkische Armee und die sie unterstützenden islamistischen Gruppen den Kanton Afrin, im äußersten Nordwesten Syriens an. Afrin ist ein Teil der demokratischen Föderation Nordsyrien/Rojava, die im Norden Syriens ein demokratisches System aufbaut, das auf direkter Demokratie, unbedingter Gleichberechtigung der Geschlechter, interethnischer Zusammenarbeit, Säkularismus und Umweltschutz beruht und die besondere Rolle der Frauen bei der Befreiung betont. Der türkische Diktator Erdogan begründet den Angriff mit den Sicherheitsinteressen der Türkei, in Wirklichkeit steht ihm aber das demokratische Projekt Nordsyrien/Rojava bei seinen Expansionsplänen für den Aufbau einer islamischen Macht im Nahen Osten im Wege und bedroht durch seine demokratische Ausrichtung seine undemokratische und tendenziell faschistische Regierung.

Dabei sind ihm die Kurden und ihre Selbstverteidigungseinheiten von YPG und YPJ besonders verhasst, die im Widerstand gegen den Islamistischen Staat (IS) eine der wichtigsten Kräfte gegen die Barbarei in Syrien darstellen. Deshalb verbündet sich Erdogan auch mit islamistischen und dschihadistischen Milizen, um mit ihnen den Kanton Afrin zu „säubern“, wie er selbst wörtlich gesagt hat.

Die islamistischen Gruppen und türkische Spezialeinheiten haben die Stadt Afrin, in der viele geflüchtete und traumatisierte Menschen aus anderen Gebieten Syriens Hilfe und Unterstützung gefunden haben und in der Menschen unterschiedlicher Ethnien, Herkunft und Religionen seit Jahren friedlich zusammenleben, in der Zwischenzeit umzingelt und weitgehend von der Versorgung insbesondere von der Wasserversorgung abgeschnitten. Türkische Panzer stehen vor der Stadt und bombardieren zusammen mit Kampfflugzeugen und Hubschraubern die Bevölkerung.

850.000 Menschen sind nahezu umzingelt und „zum Abschlachten preisgegeben“. So drastisch muss man dies benennen, wenn man die erschütternden Bilder und Videos sieht, die aus Afrin herauskommen. Es häufen sich die Gründe für die Angst vor einem großen Massaker, das sich gerade Bahn bricht - an Kurden, Christen, Eziden und Arabern, die sich den Syrian Democratic Forces (SDF) angeschlossen haben und für ein demokratisches Syrien kämpfen.

Trotzdem halten die Regierungen der USA, Russlands und Europas die Füße still. Keine dieser Regierungen hat sich bisher wirklich gegen diesen völkerrechtswidrigen Krieg ausgesprochen und sich auf die Seite der Menschen in Afrin und in der gesamten demokratischen Föderation Nordsyrien gestellt. Selbst eine UN-Resolution bleibt wirkungslos, weil sie nicht gegen die Türkei durchgesetzt wird. Die deutsche Regierung spielt in diesem Konflikt eine besonders furchtbare Rolle! Deutschland - immerhin die stärkste und führende politische und ökonomische Kraft in Europa - unterstützt diesen Krieg gegen den demokratischen Fortschritt in der arabischen Welt direkt mit Panzern und Waffen. So bedrohen aktuell Panzer aus deutscher Produktion das Leben Tausender Menschen im eingeschlossenen Afrin. Der Spruch „Deutsche Panzer, deutsches Geld morden mit in aller Welt“ hat durch diesen Krieg gegen Afrin eine neue, furchtbare Bestätigung gefunden.

Ich frage sie:
Wie kann es sein, dass sich der ehemalige Außenminister Gabriel mit dem türkischen Außenminister zu einem Teeplausch trifft und ihm dabei die Duldung des Angriffs auf Afrin, die Modernisierung der Leopard- Panzer, den Bau

einer türkischen Rüstungsfabrik durch den Rüstungskonzern Rheinmetall und weitere Exporte von Kriegsmaterial zusichert und vielleicht auch noch den Fortbestand des PKK-Verbots und damit des Verbots der Embleme und Fahnen der kurdischen Organisation PYD, YPJ und YPG.

Wie kann es sein, dass die türkische Vernichtungspolitik gegen die Kurden und alle kritischen Menschen in der Türkei - wenn überhaupt - nur sehr halbherzig durch die Bundesregierung kritisiert wird, weil es wichtiger scheint, Geflüchtete, Menschen eben, die vor Krieg, Hunger, Tod und Verfolgung aus Syrien fliehen, von den deutschen Grenzen fernzuhalten.

Wie kann es sein, dass deutsche Rüstungsgiganten wie Rheinmetall, Krauss-Maffey und Wegmann, Heckler und Koch, aber auch Mercedes Benz völlig ungestört Waffen und Militärfahrzeuge produzieren und in alle Kriegs- und Krisengebiete der Welt verkaufen können.

Wie kann es sein, dass eine Regierung, die sich demokratisch nennt, die sich angeblich christlichen Werten sowie Menschenrechten verpflichtet fühlt, zulässt, dass sich in den nächsten Tagen und teilweise schon jetzt, gerade jetzt, in Afrin eine menschliche Tragödie abspielt, ein Völkermord, ein Massaker an Tausenden von Menschen, Kindern, Frauen, Männern.

Wie kann es auch sein, dass die Bundesregierung, die nach dem Massaker des IS an den Eziden im Shingal-Gebirge, verkündet hat, dass der Schutz der Eziden ihr ein wichtiges Anliegen ist, dabei zusieht, dass diese Gruppe wieder ihren Schlächtern aus dem Shingal gegenübersteht, vor denen sie in Afrin und in der demokratischen Förderation Nordsyrien Schutz gefunden hatten.

Meine Bitte an Sie, die sie jetzt vielleicht zugehört haben, aber insbesondere an alle Menschen, denen der Begriff Demokratie, Frieden und Menschlichkeit wirklich etwas bedeutet, schauen sie nicht weg, lassen sie die Menschen in Afrin nicht allein, verhindern sie, dass nicht wieder und immer wieder unschuldige Menschen im Kugel- und Bombenhagel gerade auch deutscher Waffen sterben. Verhindern sie das Massaker an den Menschen in Afrin!

Denn die Bundesregierung hätte die politische und wirtschaftliche Macht, diesen Krieg der Türkei zu beenden!

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass jeder Mensch, der den Wunsch nach einer besseren Welt für alle in sich trägt, einer Welt ohne Hunger, Armut, Verfolgung, Folter, Krieg, ohne Rassismus und Homophobie, einer Welt des Friedens und der Menschlichkeit, einer Welt in der der Mensch dem Menschen ein Mensch ist, jetzt und immer wieder aufstehen muss und über alle Grenzen von Nationen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das, was zum Beispiel jetzt in Nordsyrien passiert verhindern muss.

Denn schlussendlich sind wir, jeder und jede Einzelne, mitverantwortlich, für das, was in unserem Namen passiert.

Danke, dass Sie zugehört haben!

Ein Pinguin, der in Oldenburg zur Reformation aufrief

Am vorvergangenen Dienstag, den 31.10.2017, jährte sich das Anschlagen der 95 Thesen durch Martin Luther zum fünfhundersten Male. Die Veröffentlichung Luthers brachte die Reformation der christlichen Kirche ins Rollen, deren Auswirkungen noch heute weite Teile Europas prägen. Doch in diesem Text soll es nicht um die Reformation, Luthers Thesen oder seine menschenfeindlichen Positionen gehen. Denn am fünfhundersten Reformationstag kam es wieder zu dem Aufruf zu einer Reformation – und zwar in Oldenburg! Ein Pinguin (!) versammelte, um die Mittagszeit, auf dem Oldenburger Schlossplatz eine Schar Jünger, Schaulustige und andere Vagabunden, um der Welt (oder zumindest einem Teil von Oldenburg) seine Thesen zu verkünden. Er begann seine Ansprache durch ein Megafon und forderte den „gemeinen Pöbel“ auf, ihm zur evangelisch-lutherischen Lamberti-Kirche zu folgen. Dort nagelte er seine 12 Thesen an die Eingangspforte und verlas diese vor einem immer größer werdenden Publikum. Zwei angerückte Streifenpolizisten versuchten ihn zunächst am Verlesen seiner Thesen zu hindern. Sie schienen dann aber doch von den Worten des Reformator-Pinguins berührt zu werden und ließen ihn gewähren. Kurz nach dem Beenden seiner Proklamationen kamen jedoch weitere Einsatzkräfte der Polizei hinzu, um den, nun offenbar für vogelfrei erklärten, Pinguin durch die Innenstadt zu jagen. Ob der selbst ernannte Reformator mittlerweile Unterschlupf in der Wartburg gefunden hat oder die Ordnungshüter ihn stellen konnten, konnten Beobachter*nnen der Szenerie nicht berichten. Seine Thesen konnten jedoch aufgeschnappt werden und sollen Euch „glücklichen, von Gott verlassene[n] Menschen“ im Folgenden zu einem kurzen Innehalten veranlassen

von Oldenburger Rundschau

13. November 2017

Die Thesen des Pinguins:

1. Wer heute noch an die Dreifaltigkeit, bestehend aus Wirtschaft, sozial handelndem Staat und gutem Volk, glaubt, dem kann nur noch Gott helfen.
2. Die Liebe des Marktes findet nicht vor, sondern schafft sich das Recht, in dem sie ausbeuten kann.
3. Was zur Sünde reizen soll, das muss schön sein. Ja und ein jede Sexualmoral ist vergänglich. Also lasset uns genießen.
4. Die Welt will betrügen oder betrogen werden – darum hat die Welt mit der Wahrheit nichts zu schaffen.
5. Die Werke der Gerechten wären Todsünde, würde die Kirche heute das Sagen haben.
6. Jene Menschen, die Mauern ziehen, während sie Feiern, dass vor einem Vierteljahrhundert ihre eigene gefallen ist, sollen keine Tränen um ihre Autos vergießen. Denn sie wissen um das Mittelmeer und seine unzähligen roten Tränen.
7. Ein Land, dem vor mehr als 70 Jahren die Demokratie aufgezwungen werden musste, soll sich heute nicht als ihr Verteidiger aufspielen.
8. Wer den Browserverlauf eines Anderen kennen will, soll seine Aktenorder der Welt öffnen, als wären sie nie geschreddert worden. Denn ihrer waren so viele, wie ihr Inhalt, sträflich vor jedem Gericht, dass es keine göttliche Fügung wart.
9. Du sollst die weltweite Konkurrenz nicht Globalisierung nennen, um Dich als ihr Opfer auszugeben. Du bist ihr Profiteur und nichts als ihr Profiteur.
10. Wer um die Gleichheit der Menschen weiß, soll ihnen weder Blau noch Rosa aufzwingen! Denn ein jeder Mensch muss selbst entscheiden, welchen Rollen er sich hingibt und aus welchen er ausbrechen muss, weil sie sein Gefängnis sind.
11. Überall, in jedem dunklem Tal, wo ihr den Fremdenfeinden gewahr werdet – lasst es nicht zu, dass ihr auch die andere Backe hinhaltet. Denn sie sind schlecht und ihre Boshaftigkeit kennt keine Gleichen. 12. Vergib den Propheten wie den Heiligen, ihren verwirrten wie verTwitterten.

Die radikale Linke nach der Wahl

Nicht erst das erfolgreiche Abschneiden der AfD bei den Bundestageswahlen und der fehlende Aufschrei im Nachgang haben gezeigt, dass die (radikale) Linke in den letzten Jahren keine erfolgreiche Strategie gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck gefunden hat. Was also tun? Linker Antifaschismus muss sich dringend weiterentwickelt, argumentiert Timo Brym – z.B. über eine gemeinsame Praxis mit den (potentiellen) Betroffenen rechter Gewalt oder eine stärkere linke Präsenz im Alltag und in der Nachbarschaft.

Die Bundestagswahl ist vorbei und die Ergebnisse des Wahlabends waren vorherzusehen – alle Prognosen der vergangenen Wochen sind eingetreten. Dennoch ist es ein Schock und die Katerstimmung bleibt. Die AfD zieht als drittstärkste Fraktion mit 12,6 Prozent in den deutschen Bundestag ein, in Ostdeutschland ist die Partei mit 22,5 Prozent besonders stark und in Sachsen geht sie mit 27 Prozent sogar als stärkste Kraft aus der Wahl hervor. Dieses Ergebnis bedeutet, dass die Partei in Zukunft ihre menschenverachtende Propaganda noch leichter in die mediale Öffentlichkeit tragen kann. Hinzu kommt vor allem, dass mit dem Geld, was Parteien ab dem Einzug in den Bundestag erhalten, rassistische Strukturen gefestigt und ausgebaut werden können.

Der notwendige Aufschrei bleibt aus

Die Antwort auf das Ergebnis dieses Wahlabends waren Demonstrationen in verschiedenen Städten, zu denen das Bündnis »Nationalismus ist keine Alternative« und das »...ums Ganze!«-Bündnis aufgerufen hatten. So zogen in Frankfurt am Main mehr als 800 Menschen durch das Bahnhofsviertel, in Berlin kamen über 1000 Menschen vor der Wahlparty der AfD zusammen und auch in Köln, München und Hamburg gab es Proteste.

Doch seien wir ehrlich: Der große gesellschaftliche Aufschrei, den es verlangt hätte, war nicht zu hören. Der Einzug einer extrem rechten Partei wie der AfD in den Bundestag scheint in Deutschland keine Zäsur mehr zu sein. Während die AfD in den vergangenen vier Jahren nahezu alle »liberalen« Kräfte aus der Partei gedrängt hat und kein Problem darin sieht, mit offen faschistischen Strukturen einen Schulterschluss zu bilden, hat eine Normalisierung stattgefunden. Es scheint einen großen Teil der Gesellschaft nicht mehr zu schockieren, wenn eine offensichtlich faschistische Partei öffentlich auftritt und ihr Gedankengut kundtut. Wenn wir über den Rechtsruck in der Bunderepublik sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass die AFD bereits bei der letzten Wahl den Einzug ins Parlament nur knapp verfehlte. Richtig gerahmt durch die enorme Fülle von Brandanschlägen gegen Geflüchtetenunterkünfte und von Angriffen gegen die heterogene Gruppe von potentiell Betroffenen neonazistischer Straßengewalt erscheint das Wahlergebnissen vielmehr als folgerichtige Konsequenz der Entwicklung der letzten Jahre.

Die AfD ist und bleibt eine rassistische, sexistische und rückwärtsgewandte Partei. Sie setzt auf das Thema innere Sicherheit und versucht geschickt die Angstfelder der Deutschen – Migration, »Extremismus« und Terrorismus – zu bespielen und für sich zu nutzen. Gleichzeitig schwenkt sie dabei das Feigenblatt der vermeintlich westlichen Werte, die es zu verteidigen gilt. So wird Antisemitismus als ein muslimisches Phänomen propagiert, um ihr rassistisches Gedankengut reinzuwaschen und die eigene Verwicklung zu untergraben. Auch stellt die AfD einen Angriff auf die feministischen Errungenschaften der letzten 70 Jahre dar. Sie vertritt einen aggressiven Anti-Feminismus, welcher von einer angeblich natürlichen Verbindung von Mann und Frau ausgeht und alle Fortschritte gegen Sexismus und Homophobie angreift. Die geschichtsrevisionistischen Äußerungen von AFD-Spitzenpolitiker*innen sind ebenso offenkundig wie ihr Bezug auf völkische Kategorien.

Der gesellschaftliche Rechtsruck

Wir müssen uns eingestehen, dass wir es die letzten vier Jahre nicht geschafft haben, eine wirksame Strategie gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck zu finden. Natürlich bleibt für uns klar, dass es hier nicht um die Wahl eines parlamentarischen kleineren Übles gehen kann; die Überwindung dieser Verhältnisse, in dem Kapitalismus, Rassismus und Sexismus erst möglich sind, bleibt unverhandelbar. Dennoch bedeuten die Wahlergebnisse der AfD eine gesellschaftliche Zuspitzung dieser Übel.

Zur selben Zeit zeigen Parteien von der CSU bis zu Teilen der Linkspartei Verständnis für den zündelnden rassistischen Mob. Bei gleichzeitiger Frontstellung gegen Neonazis relativieren Teile der etablierten Parteien den praktizierten Rassismus, in dem sie ihn zu angstbegründeten »Protest« degradieren. Ausgangspunkt ist dabei immer die sogenannten »Flüchtlingskrise« bzw. die weiterhin zu lasche Abschottung Europas durch Merkel. Während das Erstarken der rassistisch-völkischen AfD als immer normaler erscheint, werden täglich Angriffe auf Migrant*innen gemeldet, das Asylrecht wird bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt und Angriffe auf fortschrittliche Kräfte seitens des Repressionsapparates immer drastischer. Dazu gehören unter anderem das Verbot, verschiedene Fahnen emanzipatorischer kurdischer Organisationen – darunter die der YPG und YPJ – zu tragen, das Verbot der Internetseite »Linksunten Indymedia« und die unzähligen Angriffe auf Autonome Zentren.

Alte Strategien ...

Für die radikale Linke muss eins klar sein: Es kann keine Normalität mit der AfD geben. Es muss nun darum gehen, aus der Ohnmacht aufzuwachen, in die Offensive zu gehen und aus unserer marginalisierten Lage praktische Strategien gegen einen Rechtsruck in Deutschland und auch Europa zu entwickeln. Klassische Aktionsformen wie Blockaden, Outings und direkte Aktionen, welche die antifaschistische Bewegung lange Zeit begleitet haben, scheinen in Teilen an Grenzen gelangt zu sein. Die Strategien des militanten Antifaschismus und der großen Bündnisse mit bürgerlichen Kräften zeigen sicherlich Wirkung, sind isoliert jedoch zum Scheitern verdammt, da sie nur begrenzt langfristige Ziele verwirklichen können. Wenn eine

rassistische Partei gesellschaftlich so eingebunden und akzeptiert ist wie aktuell die AfD, kann dies wohl nur noch die wenigstens wachrütteln. Auch müssen wir feststellen, dass die ehemals starke Antifabewegung – ursprünglich ausgehend von den Antifa-Jugendfrontgruppen der 90er – sich umorientiert und in Teilen neuen Feldern zugewandt hat. Es stellt sich auch die Frage, wie sich der Umgang mit einer vermeintlichen Zivilgesellschaft weiter gestaltet, wenn ein gesellschaftlicher Rechtsruck bis in die Reihen der Linkspartei reicht. Es müssen neue Wege gefunden werden gegen den rassistischen und sexistischen Rollback.

... und neue Wege

Doch was können neue Strategien sein? Alte Strategien, wie oben benannt, sind weiterhin relevant, es bedarf jedoch einer Neukomposition und Neuerfindung. Militanter Antifaschismus bleibt wichtig, ebenso die Blockade von Aufmärschen oder Parteitagen der Rechten. Entgegen der Meinung »die Ängste der Leute ernst zu nehmen« positionieren wir uns klar und gehen nicht davon aus, dass es weiterer Aufklärungsarbeit über die AfD bedarf oder eine Bewegung hin auf ihre Wähler*innenschaft benötigt. Die Partei ist sozialchauvinistisch, antifeministisch, geschichtsrevisionistisch und argumentiert völkisch. Wir müssen parteiisch sein und uns mit denen zusammentun, die potentielle Betroffene ihrer Politik sind. Die letzten Jahre haben die Langeweile der politischen Sphäre aufgelöst und eine Polarisierung ausgelöst, auf der wir aufbauen können. Support, Vernetzung und gemeinsame Sache mit Geflüchteten und ihren Supporter*innen im Alltag wären erste Schritte – ein radikaler Antirassismus der eigene Antworten liefert, was die wahren »Fluchtursachen« in kapitalistischen Gesellschaften sind. Eine andere längerfristige Strategie verfolgen wir lokal im Aufbau von Strukturen, die bewusst die elitäre Sprache der Linken, die Didier Eribon in seinem Bestseller »Rückkehr nach Reims« anspricht, zu durchbrechen versucht. Wir müssen als Linksradikale im Alltag erlebbar und anfassbar sein. Klandestinität und die Fähigkeit, im Verborgenen zu agieren, bleibt in vielen Ecken der BRD notwendige Voraussetzung der Politik, aber wo diese zum subkulturellen Lifestyle verkommt, ist sie als solche zu demaskieren.

Wir können uns linke Arroganz nicht mehr leisten, müssen bestehende linke Jugendkulturen jedoch verteidigen. Wir versuchen das mit einem linken Nachbarschaftszentrum zur Selbstorganisation im Alltag, damit erfahrene Wut diskutiert und gemeinsam besprochen werden kann und nicht schlussendlich auf andere Menschen projiziert wird. Diese Strategie des sozialen Antifaschismus setzt einiges an Privilegien voraus, die wir in Frankfurt besitzen. So muss jedoch über Strategien gegen den Rechtsruck gesprochen werden: Und das bedeutet immer, die Grundvoraussetzungen regional zu bestimmen und gleichzeitig ihre globale Bedingtheit zu analysieren. Wir müssen transnational antifaschistische Strategien diskutieren. Wir müssen uns auf eine lange Auseinandersetzung gefasst machen und dürfen angesichts der eigenen Nervosität nicht in Aktionismus verfallen. Es geht nicht weiter wie bisher. Als emanzipatorische, antiautoritäre Kommunist*innen muss uns klar sein, dass es keinen Frieden mit einem System geben kann, welches diese Gesamtscheiße produziert. Es ist trotzdem unsere Aufgabe, feministische und soziale Errungenschaften zu verteidigen. Wir müssen darüber hinaus unsere Antworten für die positive Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft stark machen. Die Lösung muss immer noch bleiben, »alle Verhältnisse umzuwerfen«. Eine antifaschistische Perspektive gegen die AfD darf nicht bei einem bloßen Abwehrkampf stehen bleiben, sondern muss immer auch eine feministische und antikapitalistische Perspektive bieten.

von Timo Brym

https://blog.interventionistische-linke.org/

Timo Brym engagiert sich seit Jahren in antifaschistischen Zusammenhängen und ist bei »kritik & praxis – radikale linke frankfurt« und im kommunistischen Bündnis »...ums Ganze!« organisiert.

Was tun gegen die AfD?

Viel wird gerade geschrieben. Über die AfD, über ihren Einzug in den Bundestag als drittstärkste Fraktion. Eine Suche nach Erfolg versprechenden Strategien gegen die »rechte Gefahr«, die seit ein paar Wochen von vielen wie selbstverständlich als »faschistisch« bezeichnet wird.

I.
Zwischen Straßenkampf und breiten Bündnissen

Als eine Mischung aus Angst und Genugtuung beschreibt Genossin Sophie aus Leipzig ihre Reaktion auf den Wahlerfolg der AfD in Sachsen. Auch uns sind diese Gefühle nicht fremd: Im Wahlkreis Cottbus-Spree-Neiße erhielt die AfD bei der Bundestagswahl im September 2017 die meisten Zweitstimmen, noch vor der CDU. »Die Zeit des Redens ist vorbei. Es geht um die Rettung der Menschlichkeit«, schreibt Sybille Berg auf Spiegel online und der mediale Shitstorm lässt nicht lange auf sich warten. Ihre Antwort auf die Frage »Was tun gegen die AfD und ihre Anhänger?« lautet: »Vielleicht ist der Schwarze Block, die jungen Menschen der Antifa, die Faschisten mit dem einzigen Argument begegnen, das Rechte verstehen, die einzige Bewegung neben einem digital organisierten Widerstand, die eine Wirkung hat.« Also zurück zum Faustrecht? »Schlagt die Faschisten, wo immer ihr sie trefft«? Nach der Zeit der großen spektrenübergreifenden Bündnisse im Kampf gegen den Faschismus klingt das allzu sehr nach »Jeder zurück in seine Ecke«. »Die Antifa« kümmert sich um den Straßenkampf, und was machen die anderen so?

Der Rechtsruck unserer Bündnispartner*innen

Erst jüngst kündigte der DGB Bayern die Räumlichkeiten für einen in München stattfindenden »Antifa-Kongress«. Der Widerruf vom Widerruf erfolgte erst nach zahlreichen Interventionen verschiedener Gewerkschaftsfunktionäre und Bündnispartner_innen. Der Vor-

In Oldenburg setzten Antifaschist*innen wie hier bei den Protesten gegen die Einladung der AfD zum NWZ-Wahlforum vor der Bundestagswahl 2017 häufig auf die „Entlarvung" von AfD-Kandidat*innen

fall zeigt nicht nur, wie sehr der gesellschaftliche Mainstream mittlerweile nach rechts verschoben ist, sondern auch, welche Gefahren lauern, wenn allzu sehr die Verbindung zu früheren Bündnispartner*innen verloren geht. Große, spektrenübergreifende Bündnisse waren dabei nie Selbstzweck, sondern sollten zu einer Verankerung des antifaschistischen Kampfes auch an der Basis der jeweiligen Verbände, Organisationen und Vereine beitragen. Denn beim Kampf um bessere Arbeitsbedingungen geht es nicht nur um Lohn, Arbeitszeit oder Form und Höhe von Zuschlägen, sondern durchaus auch um das kollegiale und solidarische Miteinander am Arbeitsplatz. Gewerkschaftliche Kampagnen wie »Mach meinen Kumpel nicht an!« sind nicht nur schon lange her, sondern scheinen beim „Tanker" DGB auch deswegen in Vergessenheit zu geraten, weil dafür ein erheblicher Teil der Mitglieder derzeit wohl schwer zu erreichen sein dürfte. Ob die Versuche der Vereinnahmung vonseiten der AfD erfolgversprechend sind, wird sich bei den diesjährigen Betriebsratswahlen zeigen. Das »Zentrum Automobil« hat bereits angekündigt, bundesweit in verschiedenen Betrieben an den Wahlen teilnehmen zu wollen, u.a. in Sachsen. Die Liste hat bei den letzten Betriebsratswahlen bei Daimler in Stuttgart zehn Prozent bekommen und nicht nur Kontakte in die Naziszene, sondern auch zur Identitären Bewegung, der neurechten NGO 1Prozent und zur AfD. Bei der Compact-Konferenz Ende 2017 traf man sich dann zur Familienfeier. Anfang 2018 organisierte 1Prozent eine Schulung, wie man am besten bei Betriebsratswahlen antreten kann.

Im Alltag verankert

Eine ähnliche Akteurs-Konstellation ist im Süden Brandenburgs zu beobachten: Die als Bürgerinitiative getarnte Gruppe »Zukunft Heimat« dient dabei als Sammelbecken von u.a. NPD und Identitären. Die Beteiligung von Mitgliedern ehemaligen Kameradschaften wie den Spreelichtern wird vermutet. Gemeinsam tingelt man monatlich durch die Dörfer der Region, verbreitet seine Botschaft von Hass und Missgunst und wirbt für den Stammtisch der AfD, der an wechselnden Orten in Südbrandenburg stattfindet. Vermeintlicher Finanzierer: 1Prozent. Dabei hat der Regionalleiter Berlin-Brandenburg der Identitären Bewegung, Robert Timm, keinerlei Berührungsängste mit führenden NPD-Kadern. Das wurde beispielsweise beim Spiel von FC Energie Cottbus gegen Babelsberg 03 und dem anschließenden Sturm des Platzes mit dem Übergriff auf den Fanblock von Babelsberg Ende April 2017 deutlich. Ohnehin dient Fußball als Identifikationsmoment in der Region. Zuletzt erklärte die größte Fan-Gruppierung von Energie Cottbus ihre Auflösung, weil sie von der extrem rechten Gruppierung »Inferno99« unterwandert sei. Diese hat seit dem flächendeckenden Verbot von zahlreichen Kameradschaften in der Region 2012 einen stetigen Zulauf, was nicht ohne Folgen blieb: Die gewaltbereiten Energie-Hools sind inzwischen fester Bestandteil von Aufmärschen in der Region. Und trotz der Verbote 2012 konnten mit den »Zukunft Heimat«-Demos Zuspruch und Verankerung in weiten Teilen der Bevölkerung in der Lausitz hergestellt werden. Die Wahlerfolge der AfD im September 2017 haben gezeigt, dass es dabei eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen einem parlamentarischen und einem aktionistischen Arm geben kann, die »funktioniert«.

II.

Keine Antworten – Trotzdem Wahlerfolge

Als erste Erkenntnis bleibt festzuhalten: Nicht nur in der Lausitz hat sich die AfD breit aufgestellt. Ob durch ihr eigenes Zutun oder schlicht aus Glück, scheint an dieser Stelle erst mal unerheblich. Sie ist kein Randphänomen, das nur in bestimmten Teilen der Gesellschaft Erfolg hat. Vielleicht ist sie auch gerade

deshalb so erfolgreich, weil sie wie ein Chamäleon verschiedene Facetten bedienen kann und zu den drängenden Problemen, gerade den sozialen, keine Ideen oder gar Antworten hat. Ihr Erfolgsgeheimnis könnte durchaus darin bestehen, dass jede*r in dieser Partei sieht, was er*sie gern sehen möchte. Die einzigen Hard-Facts, die dann doch geliefert werden, sind: Grenzen zu! Dass diese Forderung so illusorisch wie unmöglich ist, wird dabei natürlich schlicht verschwiegen. Würde sich ja sonst schlecht machen. Dass in Zeiten des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs der Personenverkehr eingeschränkt wird, würde erst mal zum Verlust eigener Privilegien führen, deren Ausmaß gar nicht richtig einschätzbar ist. In einem größeren Maßstab zeugt auch das Lavieren von Theresa May in Sachen Brexit von der Unsicherheit in dieser Frage.

Abwarten ist keine Option

Oft kommt der Vorschlag, darauf zu warten, dass die Flügelkämpfe in der AfD ihre Wirkung entfalten – sich die Partei also von innen zerlegt, weil von außen so wenig Optionen bestehen. Schon nach dem Ausstieg von Lucke, aber erst recht nach dem Austritt von Petry & Co. ist klar, dass das nicht passieren wird. Die AfD hat bislang alle internen Machtgeplänkel überstanden, weil sie mit keiner Führungsfigur allzu stark verbunden wird: Neben Frauke Petry hat immer auch ein Björn Höcke von sich reden gemacht und Alexander Gauland wird als die graue Politik-Eminenz der AfD mit den gleichen rassistischen Kommentaren wie Höcke in allen Talkshows ernst genommen. Vielmehr scheinen die kleinen Skandälchen die Partei zu nähren und über die inhaltlichen Dürrestrecken zumindest im medialen Diskurs am Leben zu erhalten.

Arme kleine AfD-Wähler*innen?

Viel wurde berichtet über die trostlosen Landstriche in Sachen-Anhalt zwischen Leuna-Werken und A9. Doch die Wähler*innen der AfD alleine als Menschen aus vergessenen, verlorenen Regionen darzustellen, ist ebenso falsch wie gefährlich. Sicherlich, diese Partei wird aus Protest gewählt und dabei profitiert sie von »ressentimentgeleiteten Angst- und Abstiegserzählungen, die sie selbst entwirft«. Dass eben diese Erzählungen auf so fruchtbaren Boden fallen, kommt nicht von ungefähr. Es hat mit der Entwertung – nicht nur im medialen Diskurs – der Erfahrungen und Erlebnisse der Menschen in der DDR zu tun. Überspitzt formuliert: DDR-Geschichte gibt es so gut wie nicht und wenn, dann ist sie böse. Damit verbunden verschwinden selbstverständlich auch Biografien und irgendwann Menschen. Erlebtes ist nicht allgegenwärtig, wird nicht mehr sagbar; als ob es gar nicht existent war. Und wenn man davon erzählt, dann nur im kleinen Rahmen, im Kreis von Gleichgesinnten. Merkels »Wir schaffen das!« wirkte wie eine Ohrfeige auf all diejenigen, zu denen das in den 1990er Jahren nie gesagt wurde. Gleichwohl sind Sexismus, Antifeminismus, (antimuslimischer) Rassismus bis hin zu offenen faschistischen Tendenzen in der AfD nicht zu übersehen. Es ist also kaum zu glauben, dass ihre Wähler*innen nicht wissen, bei wem sie da ihr Kreuz machen. Genau und gerade deswegen kann Politik von uns als radikale Linke nicht darauf abzielen, mit eben jenen AfD-Wähler*innen ins Gespräch zu kommen. Die Kraft, Zeit und Energie, die man aufwenden muss, jemanden von seinem rassistischen und antifeministischen Weltbild wegzubekommen, ist in der Stärkung von antirassistischen und feministischen Initiativen vor Ort viel besser aufgehoben. Nur so kann auch der Aufbau von Gegenmacht tatsächlich funktionieren.

III.

Uns läuft die Zeit davon

2019 stehen die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen ins Haus. Während Sachsens AfD-Chef Siegbert Droese bereits darüber nachdenkt, wie er die CDU dazu zwingen kann, mit ihm zu koalieren, wird in vielen Teilen der radikalen Linken noch immer um die richtige Analyse zur AfD und ihrer Wähler*innenschaft gestritten. Dabei ticket die Uhr verdammt schnell – und zwar gegen uns. Auf die Frage »Was tun?« muss daher die erste Antwort lauten: Wir müssen den Normalisierungstendenzen der AfD als bürgerliche Partei entschieden entgegenwirken. Sei es bei den wenigen Gelegenheiten auf der Straße, wie beispielsweise den Parteitagen auf Landes- oder Bundesebene oder aber auch im lokalen Raum bei Infoständen, Wahlkampfveranstaltungen oder Demos mit AfD-Beteiligung.

In die Provinz!

Dabei ergibt es aus einer Berliner Perspektive wenig Sinn, sich allein auf den antifaschistischen Kampf in Berlin zu konzentrieren, wenn sich 100 Kilometer weiter im Süden erneut ein Sumpf aus hochgradig gewaltorientierten Nazis, IBlern, Rockern, Wachschützer*innen, Kampfsportler*innen, Fussballhools mit entsprechender musikalischer Untermalung durch »Rock-Festivals« formiert. Erst jüngst ist ein Vorfall aus Cottbus in die Presse gelangt: Demnach sind sechs Personen in der Silvesternacht in eine Flüchtlingsunterkunft eingedrungen und haben die dortigen Bewohner*innen bedroht und teilweise durch Glasflaschen verletzt. Die Rolle des Wachsschutzes wird derzeit noch untersucht, heißt es. Es gibt jedoch Hinweise, dass man nicht nur tatenlos danebenstand, sondern den Angreifer*innen auch die Tür geöffnet habe.

Gegenwehr auf der Straße...

Die schlichte Fokussierung auf Nazis greift dabei sicherlich zu kurz gegriffen. Dennoch stehen wir als radikale Linke erneut vor dem Problem, dass nicht nur unsere Positionen im öffentlichen Diskurs weiter marginalisiert werden, sondern es teilweise zu offenen Anfeindungen und Bedrohungssituationen kommt, das trifft vor allem Aktivist*innen in der Provinz. Für diese Personen und Initiativen können und müssen wir eine Perspektive bieten. Berlin als Leuchtturm zu denken, um vor Ort in der Region in Brandenburg Gegenmacht aufzubauen, kann nicht funktionieren. Die rechte Mischszene in Südbrandenburg ist so gefährlich, weil hier gewaltbereite Nazis den Wahlkampf der AfD organisieren. Dieses Phänomen kennt man bereits aus Österreich und kann zu einem Umbau bzw. einer Restrukturierung einer ganzen Szene führen, mit weitreichenden Folgen: Weitere Stimmzuwächse bis hin zum Worst-case-Szenario einer

Regierungsbeteiligung bei den Landtagswahlen (insbesondere in Sachsen) bedeuten mehr finanzielle Ressourcen für die AfD. Die erst jüngst gegründete erste parteinahe Stiftung der AfD in Sachsen-Anhalt ist nur der Anfang; damit sind neben den finanziellen Mitteln der Parlamentsfraktionen weitere Geldquellen und natürlich bezahlte Stellen verbunden. Weg vom Straßenschläger-Image hinein in die Parlamente. Geboxt werden kann sich dann noch beim Fußballspiel des örtlichen Viert- oder Fünftligisten am Wochenende. Auch hier ist Österreich ein mahnendes Beispiel: Neben Burschenschaften, Identitärer Bewegung und FPÖ gibt es in der Alpenrepublik »klassische Nazi« so gut wie nicht mehr. Damit verschwinden auch althergebrachte Straßen- und Aktionskonzepte und für uns die entsprechenden Handlungsoptionen.

...und in den Parlamenten

Zweitens müssen wir einen Umgang mit AfD als Partei im Parlament finden. Wir erleben jetzt schon, dass über »Feindlisten« und Kleine Anfragen unsere Bündnispartner*innen immer mehr unter Druck gesetzt werden. Einem permanenten Rechtfertigungs- und Erklärungszwang ausgeliefert, warum jetzt welche antirassistische und feministische Initiative wie viel staatliche Mittel und Unterstützung bekommt, erleben wir ein Wiederaufkommen der Diskussionen und eine Verschärfung der Extremismusdoktrin. Daneben müssen wir mit ansehen, wie die AfD die bürgerlichen Parteien bei den Themen Innere Sicherheit und Migration weiter vor sich hertreibt und CDU bis Linkspartei scheinbar über jedes hingehaltene Stöckchen springen, in der Hoffnung ein paar abhandengekommene Wähler*innen zurückzubekommen. Ein irgendwie gearteter »Dritter Pol«, der im »Sommer der Migration« kurz aufblitzte, ist in seine Einzelteile zersprungen. Entsprechend herrscht an der Stelle eines fortschrittlichen Klassenprojektes, das nicht standort- oder nationalstaatlich gedacht ist, gähnende Leere. Auch DIE LINKE macht medial derzeit mehr mit ihrem »national-sozialen« Flügel um Sahra Wagenknecht von sich reden, als emanzipatorische Politik zu betreiben. Gerade dieser permanenten Diskursverschiebung nach rechts und der damit einhergehenden Marginalisierung der eigenen linken Position muss etwas entgegengesetzt werden. Zumal daraus handfeste Politik werden kann. Eine AfD in einer Landesregierung würde beispielsweise postwendend die Streichung finanzieller Mittel für zahlreiche Initiativen zur Folge haben bis hin zur Wiedereinführung der Extremismusklausel und Ähnlichem.

Die Basis erreichen

Vor diesem Hintergrund sollten wir darüber nachdenken, ob, wo und wie wir mit unseren traditionellen Bündnispartner*innen eine Allianz gegen die AfD schmieden können, die nicht nur auf dem Papier besteht, sondern von der tatsächlich eine Ausstrahlung in die Basis der jeweiligen Organisationen, Verbände und Parteien ausgehen kann. Nur so können wir eine Entsolidarisierung verhindern und uns gegenseitig in unserer Wahrnehmung und Sichtbarkeit stärken. Dies wird immer dann scheitern, wenn ein solches Projekt nicht genügend von innen getragen und mit zu viel Kitt alle anderen inhaltlichen Widersprüche überdeckt werden. Gleichzeitig sollten wir verstärkt über neue Verbündete gegen die AfD nachdenken und versuchen, neue Allianzen zu schmieden. Dabei gilt es immer wieder aufzuzeigen, dass der Weg der AfD notwendigerweise in nicht-egalitären, undemokratischen und antisozialen Verhältnissen enden muss. So geht es zum Beispiel bei den Diskussionen um „Gender-Wahn“, den die AfD inszeniert, nicht nur um die Verteidigung von Menschen- und Frauenrechten und Ziel ist auch nicht nur ein irgendwie gearteter universitärer Diskurs im Elfenbeinturm, sondern tatsächlich läuft hier ein Frontalangriff auf ein selbstbestimmtes Leben, und zwar für alle.

Eine wirkliche Alternative schaffen

Drittens gilt es, die Fortschreibung einer eigenen linken Erzählung voranzutreiben. Denn der Kampf gegen die AfD kann nicht durch eine irgendwie geartete Hilfe »von außen« für eine bestimmte Region gewonnen werden. Wir müssen vielmehr eine gemeinsame Utopie und eine darauf abgestimmte Strategie entwickeln, wie es anders sein und werden könnte. Ausgelotet werden müssen im Austausch mit anderen die Perspektiven und die Dimensionen ein solches Projekts. Es geht um das »Große-Ganze«, aber auch um die Umsetzung von vielen kleinen Forderungen

auf dem Weg dahin. Der Entwurf, diese Erzählung einer emanzipierten, solidarischen Gesellschaft ist noch nicht geschrieben. Anscheinend fehlen uns bislang die Worte dafür. Wenn wir das so feststellen, beinhaltet das aber auch die Chance, sie jetzt gemeinsam schreiben zu können. Wir werden als IL im Osten in unserem Kampf um Deutungshoheit in Form einer kontinuierlichen Auseinandersetzung im lokalen Raum sicherlich die Erfahrung machen, dass wir nicht immer auf althergebrachte Bündniskonstellationen und Aktionsformen zurückgreifen können. Der Kampf gegen die AfD ist schließlich kein jährlich stattfindender Naziaufmarsch, zu dessen Blockade Zehntausende Demonstrat*innen irgendwie hingekarrt werden können.

Interventionistische Politik im Osten

Zudem werden wir unterschiedliche Ausgangsbedingungen vor Ort vorfinden: So existiert in großen Teilen Brandenburgs eine irgendwie geartete Zivilgesellschaft mit entsprechenden Bündnissen. In Sachsen hingegen sind meist Einzelpersonen oder Initiativen allein auf weiter Flur. Doch auch die vermeintliche Größe eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses (wie etwa dem Cottbusser Aufbruch, in dem neben der Stadtverwaltung, den Kirchen, dem DGB auch die Opferperspektive sitzt), sagt am Ende nichts über die tatsächliche Handlungsmacht vor Ort aus. Das Agieren rein auf der Ebene der moralischen Empörung zeigt jedenfalls keine Folgen. Denn dass die Stigmatisierung der AfD als »faschistisch«, die Enttarnung einzelner Mitglieder als frühere Nazis oder aber der nächste Skandal um einen NS-Vergleich offensichtlich keinen Aufschrei der Empörung mehr hervorruft, sondern – wenn überhaupt – nur dazu beiträgt, das Image der AfD als die Anti-Establishment-Partei zu bestärken, diese Lektion mussten auch wir lernen. Wenn wir verstärkt im Osten aktiv werden wollen, müssen wir – und das wird kein unwesentlicher Faktor sein – die besonderen historischen Bedingungen vor Ort reflektieren und zur Grundlage unserer Erwägungen machen. In diesem Jahr jährt sich zum 50. Mal der gesellschaftliche Aufbruch von 1968. Als radikale Linke haben wir sicherlich dazu viele Anknüpfungspunkte – vor allem die West-Linke. Inwieweit sich diese auf den Osten und die spezifischen Erfahrungen dort übertragen lassen, darüber müssen wir nachdenken, auch und vor allem innerhalb der IL. Eine 68er-Bewegung mit all ihren Einflüssen gab es in dieser Form im Osten jedenfalls nicht. Es gibt aber eine reichhaltige Tradition an Dissidenz und Opposition in der DDR, die wie wir nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus den Kampf oder zumindest die Deutungshoheit um eben jenes emanzipatorische Projekt verloren haben, an die wir durchaus anknüpfen sollten. Bislang ist uns das als linksradikale Organisation nicht gelungen. Dabei bieten viele der von ihnen entwickelten Konzepte für eine Demokratisierung der DDR, von rätedemokratischen Konzepten bis hin zur Vergesellschaftung von Betrieben, genügend Anknüpfungspunkte, die auch für uns interessant sein sollten.

Auf geht's!

Wir sollten ernsthaft überlegen, ob und wie wir zu den anstehenden Landtagswahlen insbesondere in Sachsen und Brandenburg aktiv werden können. Möglich wäre eine Kampagne, die medial wahrnehmbar ist und bundesweit unterstützt werden kann wie etwa die Kampagne von Feine Sahne Fischfilet zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 »Noch nicht komplett im Arsch. Zusammenhalten gegen den Rechtsruck«. Denkbar ist aber auch eine Art Ratschlag zur Aktivierung und Mobilisierung mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen im lokalen Raum. Noch ist Zeit. Legen wir los.

Ein Beitrag aus einer Berliner Perspektive

von Zoé

https://blog.interventionistische-linke.org/

Zoé ist seit mehreren Jahren aktiv in der Antifa AG der IL Berlin.

"Wir haben einen langen Atem"

Aktivist_innen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh im Interview mit Claudia Krieg in analyse & kritik über die Bestätigung der Mord-These nach fast 13 Jahren ihres Kampfes für die Aufklärung

Am 1. Dezember nennt die WDR-Sendung »Monitor« den Fall Oury Jalloh einen »der größten Justizskandale der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte«: Am frühen Morgen des 7. Januar 2005 wurde Oury Jalloh durch die Dessauer Polizeibeamten M. und S. gewaltsam in Gewahrsam genommen und in der Zelle 5 der Polizeistation auf einer schwer entflammbaren Matratze an Händen und Füßen fixiert. Wenige Stunden später verbrannte Oury Jalloh bis zur Unkenntlichkeit. Über zwölf Jahre lang behaupteten Staatsanwälte und Richter, Innenminister und Justizminister_innen, Jalloh habe das Feuer selbst entzündet und erbrachten als Beweis ein halbverbranntes Feuerzeug. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh kämpft ebenso lang für die Aufklärung des Mordes.

Am 12. Oktober 2017 stellte die Staatsanwaltschaft Halle das Ermittlungsverfahren im Fall Oury Jalloh ein. Am 16. November berichtet das WDR-Magazin, es habe Ermittlungsakten zugespielt bekommen und die These, dass es Mord war, läge sehr nahe. Wie geht es euch nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate?

Mouctar Bah: Als ich öffentlich in der »Monitor«-Sendung gehört habe, dass die Mordthese bestätigt wurde, war ich nur erleichtert. Ich weiß ja seit langer Zeit, dass der Fall Oury Jalloh ein Mord ist, den staatliche Organe versuchen zu vertuschen.

Nadine Saeed: Wir haben bereits erwartet, dass die Staatsanwaltschaft so weit unter Druck gerät, dass sie zugeben muss, dass es Mord war. Ihr Brandversuch in Schmiedeberg 2016 hat das unabhängige Brandgutachten von Maksim Smirnou von 2013 bestätigt: Es kann nur mit Brandbeschleunigern möglich gewesen sein, einen vollständigen Abbrand der Matratze zu erreichen. Der »Monitor«-Bericht zeigt, dass in den Akten, die unsere Anwälte und Anwältinnen bis dahin nicht bekommen haben, ein Vermerk des leitenden Oberstaatsanwalts Volker Bittmann vom 14. April 2017 zu finden ist. In dem stellt er fest, dass es keine Selbstentzündung gewesen sein kann und sich das Feuerzeug nur »rein theoretisch« in der Zelle befunden habe. Er geht sogar so weit in unserer Argumentation mit, dass das LKA das Feuerzeug manipuliert haben könnte. Obwohl dieser Umstand vermutlich verjährt ist, hat Bittmann ein Mordermittlungsverfahren gegen namentlich bekannte Polizisten eingeleitet. Dieser Aktenvermerk sorgt jetzt für großes Aufsehen und das ist für uns sehr wichtig, weil es das erste Mal ist, dass eine staatliche Behörde anerkennt, dass es Mord war. Unser Druck hat dazu geführt. Die Beweise lagen lange, lange vor.

Der Aktenvermerk wurde weitergeleitet an den Generalbundesanwalt, aber der lehnte die Übernahme des Verfahrens ab - mit der Begründung, er sehe noch kein hinreichend rechtes Tatmotiv und erwarte quasi die Einstellung des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft Dessau hat sich also durchgerungen, das Verfahren abzugeben - ein Riesenschritt. Aber was macht der Generalbundesanwalt? Gibt es zurück an die Generalstaatsanwaltschaft, die im Juni entscheidet, dass die Staatsanwaltschaft Halle übernehmen soll - eine Behörde, die von den Verfahrensinhalten gar keine Ahnung hat. Aus unserer Sicht wurde sie nur ausgewählt, weil sie das Verfahren einstellen sollte. Und so geschah es auch.

Wie habt ihr darauf reagiert?

Nadine Saeed: Wir organisieren seit August eine internationale Untersuchungskommission. Als die Nachricht von der Verfahrenseinstellung kam, haben wir gesagt: Jetzt reicht es uns nach über 12 Jahren. Jetzt reisen wir in verschiedene europäische Städte, um uns mit Anwälten, Journalisten und Fachexperten zu treffen, die in der Kommission mitarbeiten sollen. Wir haben kein Vertrauen in den Rechtsstaat. Er hat zwölf Jahre lang gemauert, gelogen, manipuliert und vertuscht. Die Staatsanwaltschaft interpretiert Gutachten gezielt falsch. Aber auch wenn wir jetzt keine konkreten Forderungen mehr an das Rechtssystem stellen, werden wir weiterhin alles tun, um dessen Lügen zu entlarven.

Thomas Ndindah: Wir haben früh begonnen, externe Einschätzungen einzuholen. Schon während der zweiten Obduktion in Frankfurt am Main haben wir einen Gutachter beauftragt. Während des Revisionsverfahrens 2012 gegen den zuvor freigesprochenen leitenden Beamten haben wir das erste Brandgutachten anfertigen lassen. Immer wieder haben wir dabei auch die Idee einer Kommission verfolgt. Dies scheint uns einer der wenigen Wege, vorzuführen, wie gezielt und strukturell die Verbrechen gedeckelt werden.

Ihr agiert stark von Berlin aus. Wie die Ermittlungen behandelt werden, hängt auch mit der politischen Situation in Sachsen-Anhalt zusammen, nicht zuletzt mit der starken Position der AfD. Diese hetzt gegen einen Grünen-Politiker, der einen Untersuchungsausschuss im Fall Jalloh

fordert, die CDU stellt sich vor ihre Justizministerin, die gezielt Nichtinformation über die Mordermittlungen betrieben hat und ihr innenpolitischer Sprecher warnt vor einer »Hetzjagd auf Polizisten«. In den Medien wird nur sehr wenig berichtet. Welchen Rückhalt habt ihr denn gesellschaftlich in dem Bundesland?

Nadine Saeed: Es gibt immer mehr Leute, die uns angesichts der Fakten, die wir bringen, unterstützen. Aber die Einstellung der Bevölkerung oder der Politiker zu ändern, ist nicht unser Ziel. Unsere Zielgruppe ist die gesamte Gesellschaft, über Sachsen-Anhalt und Deutschland hinaus. Hier stellen wir die Fragen: Warum ist so ein Mord überhaupt möglich, warum wird er vertuscht?

Thomas Ndindah: In Sachsen-Anhalt sind Magdeburg und Halle die größeren Städte. Magdeburg ist der Regierungsbezirk. In Halle gibt es Bemühungen, in einem breiten Bündnis die bürgerliche Mitte zu mobilisieren, weil die Staatsanwaltschaft Halle die Einstellungsverfügung getroffen hat und die Bürger nun ein Problem haben: Der Name ihrer Stadt taucht in diesem unsäglichen Prozess auf. In Dessau wiederum gibt es eine breite bürgerliche Ignoranz gegenüber dem, was passiert. Und die AfD ist mit über 20 Prozent sehr stark.

In Dessau gab es nicht nur den Fall Oury Jalloh, sondern auch den Fall Yangjie Li, die vom Sohn eines Polizistenehepaars und dessen Freundin ermordet wurde. Die Eltern des Mörders haben versucht, das zu vertuschen. Und es gab die Tode von Mario Bichtemann und Hans Jürgen Rose im selben Polizeirevier, in dem Oury Jalloh ermordet wurde. (1) All das hat über all die Jahre zu keinen Ermittlungen geführt. Es gibt starke Verbindungen zwischen der AfD und den Polizeikräften. (2) Da könnte man sich als Stadtbewohner schon fragen, was da eigentlich los ist. Das passiert aber nicht. In Dessau gibt es eigentlich keine Stimmung, hier die Übernahme von Verantwortung einzufordern. Oder wie es ein Lokalberichterstatter ausgedrückt hat: »Sie wollen nichts mehr davon hören, sie wollen nichts mehr davon wissen, sie wollen einfach in Ruhe gelassen werden.« Und am liebsten würden sie unsere Gedenkdemo am 7. Januar auch noch verbieten lassen.

Nun wird aber schon vielfach von einer »Wende« in dem Fall Oury Jalloh gesprochen. Wie seht ihr das?

Thomas Ndindah: Diese »Wende«, die jetzt diagnostiziert wird, hat so nicht stattgefunden. Beziehungsweise gab es sie bezogen auf die Aufklärung des Falles schon vorher, weil wir Belege hatten, dass die These von der Selbstanzündung nicht stimmen kann. Man sollte dies nicht der Staatsanwaltschaft Dessau anrechnen.

Mouctar Bah: Und es bleibt ja auch dabei: Es wurde nie in die andere Richtung ermittelt. Es hieß sofort, dass sich »der Drogendealer« selbst in der Zelle angezündet hat und dabei blieb es auch.

Nadine Saeed: Alle Tatortermittlungen wurden einseitig geführt. Es war eher eine Manipulation von Spuren und des Tatortes selber als eine Tatortermittlung nach geltenden Standards, eine systematische Vertuschung schon am Tag des Mordes selbst, am 7. Januar 2005. Was jetzt geschieht, ist eher eine Wende im Umgang damit, wie der Fall behandelt wird. Vorher war es eine systematische Täter-Opfer-Umkehr.

Mouctar Bah: So wie bei den Opfern des NSU oder bei Laye Condé oder Mariama Sarr, Dominique Kumadjo, Christy Schwundeck und vielen anderen auch - sie wurden alle sofort als Täter hingestellt. Das Gewaltmonopol weiß um die Unterstützung von Politik und Justiz. Und wir? Wir begreifen nicht, wie jemand soweit gehen kann, einen Menschen bei lebendigem Leib zu verbrennen.

Thomas Ndindah: Wenn Menschen im Staatsdienst nicht dafür zur Verantwortung gezogen werden, setzt sich dieser Tabubruch als Kontinuität fort. Die Staatsanwaltschaft Halle behauptet, man könne das Brandgeschehen deshalb nicht aufklären, weil es zu viele unterschiedliche Faktoren und Möglichkeiten gäbe. Was heißt das beispielsweise vor dem Hintergrund der vielen Brandanschläge auf Asylbewerberheime? Wenn man sagt, Brandgeschehen kann man nicht aufklären, ist das ja eine Ermutigung, Feuer als Tatwaffe explizit zu benutzen. Und es bietet auch in Zukunft die Möglichkeit, zu sagen: Das konnten wir nicht rausfinden.

Nadine Saeed: Der Staat betreibt nach wie vor auf zynische Art Augenwischerei. Diese Vertuschung versuchen wir aufzudecken. Wir haben faktisch die Ermittlungsarbeit übernommen, weil es die Staatsanwaltschaft nicht tut. Das ist noch relativ neu, dass zivile Personen diese Ermittlungsarbeit übernehmen. Wir sind dabei großer Repression ausgesetzt. Insbesondere die Freunde und die Familie von Oury Jalloh aus Dessau wurden immer weiter schikanisiert. Sie werden angezeigt, es wird rechtswidrig gegen sie vorgegangen, durch traumatisierende Polizeieinsätze, die einer rechtlichen Grundlage entbehren. Bis heute sitzen wir immer wieder vor Gericht und bekommen Anzeigen vom Staatsschutz in Dessau.

Seid ihr mit anderen Betroffenen und Angehörigen von Opfern rassistischer Gewalt im Austausch?

Thomas Ndindah: Wir haben das NSU-Tribunal im Mai mit vorbereitet und waren dort auch eingeladen, um gemeinsam ein Forum zu bilden mit anderen Angehörigen und Betroffenen. In dem tauschen wir uns jetzt regelmäßig aus. Wir waren gerade bei der Möllner Rede im Exil eingeladen. Dort ging es auch um eine transnationale Ebene. Egal ob es um die USA, Frankreich oder Groß-

britannien geht: Die Staatsraison in solchen Fällen ist überall die gleiche. Oder anders: Deutschland gilt im Ausland immer noch als eine Art Musterknabe. Alles läuft gut organisiert, der Rechtsstaat funktioniert. Diese Sichtweise relativieren wir mit unseren Erfahrungen. Auch zum NSU-Tribunal wurden eigene Gutachten in Auftrag zu geben, im Fall vom Mord an Halit Yozgat in Kassel beim Institute Forensic Architecture in London. Aber selbst wenn die Untersuchung eindeutig ist, wird gesagt, dass ein Teil der Akten vor Gericht eben nicht öffentlich gemacht wird und dass die Beweisnahme abgeschlossen ist. Was hätte es bedeutet, dieses Gutachten zum Prozess zuzulassen? Es soll einfach keine Ermittlung gegen VS-Leute geben. Deswegen sind die Akten in Hessen für 120 Jahre gesperrt.

Ihr habt außerdem eine Petition ins Leben gerufen, die relativ breiten Rücklauf gefunden hat.

Mouctar Bah: Ja, bislang haben über 98.000 Leute unterschrieben. Auch Leute aus Dessau haben mir persönlich gesagt, dass sie das getan haben und das ist für mich besonders wichtig.

Nadine Saeed: Wir sind sehr froh, dass es jetzt viele Stimmen gibt, die uns unterstützen. Wir brauchen diese auch, um den Aufbau der unabhängigen Untersuchungskommission voranzubringen.

Thomas Ndindah: Wir haben schon sehr viel Kraft in die Aufklärung gesteckt. Und wir haben einen langen Atem.

Das Interview wurde am 29. November mit Mouctar Ouldadah Bah, Thomas Ndindah und Nadine Saeed geführt. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh hat am 7. Dezember 2017 beim Generalbundesanwalt Anzeige wegen Mord gegen den Polizeibeamten S. gestellt. Am 8. Dezember wurden im Rechtsausschuss des Landtags von Sachsen-Anhalt zum ersten Mal die Ermittlungsakten gesichtet.

Anmerkungen

1) Im November 2002 starb Mario Bichtemann unter ungeklärten Umständen an einem Schädelbasisbruch. In der Nacht seines Tods hatten der Polizist Andreas S. und der Polizeiarzt B. in der Wache Dienst.

2) In einem WhatsApp-Chat der AfD, der im Juni 2017 öffentlich wurde, sind namentlich bekannte Bundesbeamte aus Sachsen-Anhalt mit rassistischer Hetze, Bewaffnungsfantasien und NS-Verherrlichung in Erscheinung getreten.

aus: analyse & kritik 633

Es war Mord

Laut der Mitteldeutschen Zeitung (MZ) vom 7. Dezember verwirft der Oberstaatsanwalt Folker Bittmann schon im April 2017 in einem Aktenvermerk die Unfall-These, nach der sich Jalloh im Alkoholrausch selbst verbrannt hat. Plausibel sei eine Vertuschung im Zusammenhang mit zwei früheren Todesfällen in der Polizeistation Dessau, heißt es. Hans-Jürgen Rose verstarb dort 1997 nach Misshandlungen, Mario Bichtemann verstarb in der gleichen Todeszelle wie Oury Jalloh an einer inneren Blutung nach Schädelbasisbruch im Jahre 2002: Dienst hatten die selben Beamten wie am 7. Januar 2005. Bittman leitet ein Ermittlungsverfahren wegen eines Tötungsdelikts, begangen von Polizisten, ein. Zu praktischen Ermittlungsschritten kam es nicht, weil die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau das Verfahren im Mai durch Entscheidung des Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad nach Halle abgeben musste. Dort wurde es eingestellt - es gäbe keinen hinreichenden Tatverdacht. Die verschleppte Aufklärung setzte sich im Landtag von Sachsen-Anhalt fort. Sebastian Striegel (Grüne) fordert im Oktober einen unabhängigen Untersuchungsausschuss und wurde dafür von CDU, SPD und AfD scharf angegriffen. Mit dem »Monitor«-Beitrag, der ein Teil der zugespielten Ermittlungsakten öffentlich machte, kam im November Bewegung in die Sache. Die LINKE forderte einen Sonderbeauftragten für den Fall, SPD und CDU wehren sich aber gegen externe Ermittlungen. Der innenpolitische Sprecher der CDU, Jens Kolze, spricht von der Gefahr einer »Hetzjagd auf Polizisten«, Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) stellt sich hinter die Justizministerin Anne-Marie Keding, deren Rücktritt nun gefordert wird. Sie selbst hat sich bis zuletzt zum Vorwurf der bewussten Fehlinformation nicht geäußert.

Eine (unvollständige) Chronologie der Repressionen gegen die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh 2005 - 10/2017

7. Januar 2005
Oury Jalloh verbrennt an Händen und Füssen festgekettet in Zelle 5 des Dessauer Polizeireviers.

Ende 2005
Mouctar Bah, Mitbegründer der Initiative in Gendenken an Oury Jalloh, hatte im Jahr 2003 in Dessau ein Telecafe eröffnet. Ende des Jahres 2005 entzog das Ordnungsamt Mouctar Bah die Gewerbelizenz. Begründung des Ordnungsamtes: "Ein Verhalten, das wiederholt polizeiliche Ermittlungen notwendig macht, lässt unabhängig vom Ergebnis der Ermittlungen auf große charakterliche Mängel Ihrer Person und offensichtlich fehlende Akzeptanz der Normen und der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland schließen."

»Eine Initiative schrieb einen langen Brief an die Dessauer Behörden. Bah habe ein tadelloses polizeiliches Führungszeugnis, die Handelskammer und das Finanzamt hätten keine Einwände und einen Beweis dafür, dass in Bahs Laden mit Drogen gehandelt wurde, habe es nie gegeben. Das Amt blieb stur. In seiner letzten Korrespondenz teilte es Bah mit: ‚Die von Ihnen beantragte Gewerbeausübung muss Ihnen zum Schutz der Allgemeinheit versagt bleiben.' Weil Bah der einzige Angestellte in dem kleinen Geschäft war, habe er faktisch weiterhin Leitungsfunktionen übernommen und damit gegen den Lizenzentzug verstoßen.« taz, vom 6.1.2008 [1]

Juli 2009
Vier Tage nachdem die Internationale Liga für Menschenrechte mitgeteilt hatte, dass sie Mouctar Bah mit der Carl-von-Ossietzky-Medallie 2009 auszeichnen werde, stürmte die Polizei Bahs Wohnung in Dessau. Die Hausdurchsuchung wurde wie folgt begründet: Verdacht der „Hehlerei einer Markenjeans". Der Vorwurf stellte sich als völlig haltlos heraus.

16. Dezember 2009
Unter dem Vorwand einer Drogenrazzia werden im Telecafe Dessau, einem Treffpunkt der afrikanischen Community in Dessau, alle Anwesenden, darunter auch Mouctar Bah, gezwungen sich nackt auszuziehen, um sich von der Polizei nach Drogen durchsuchen zu lassen. Es wurden schwere Vorwürfe gegen den Polizeieinsatz erhoben: er war „rechtswidrig und diskriminierend". Schließlich befasste sich der Innenausschuss des Magdeburger Landtages mit dem Fall. Später räumte der zuständige Polizeipräsident Karl-Heinz Willberg „erhebliche Versäumnisse" ein und entschuldigt sich für das Vorgehen[2]. Außerdem wurden zwei hochrangige Polizisten versetzt.

»So ist es zu mindestens hinterfragenswürdig, ob die zeitliche Nähe der Durchsuchung des Telecafes nur wenige Tage nach der Preisverleihung durch die Internationale Liga für Menschenrechte an Mouctar Bah und einen Tag vor der Revisionsverhandlung zum Oury Jalloh-Prozess vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe nur dem Zufall geschuldet oder ob dieser bewusst geplant und gegen bestimmte Personen gezielt gerichtet war. [...] Aus diesem Grund wird die Fraktion DIE LINKE in der nächsten Sitzung des Innenausschusses die Vorfälle von Dessau thematisieren und Antworten einfordern.« Gudrun Tiedge, rechts- und innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Landtag Sachsen – Anhalt [3]

8. Oktober 2010
Rassistisch motivierte Verkehrskontrolle des Polizeireviers Magdeburg gegen Personen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh. Die an der Verkehrskontrolle teilnehmenden Beamten führen Identitätsfeststellungen nur bei den „schwarzen Mitfahrern", den Aktivisten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, Mouctar Bah und Komi Edzro, durch. Außerdem äußerten sich die Polizisten dahingehend, dass ihr Kollege vor dem Landgericht (gemeint ist der Dienstgruppenleiter Andreas Schubert, der sich ab Januar 2011 vor dem Landgericht Dessau wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten hatte) sowieso nicht verurteilt werde. Eine Beschwerde gegen diese Kontrolle wurde von der Beschwerdestelle der Polizei in Magdeburg zurückgewiesen.

Im Polizeiforum Cop2Cop droht die Gewerkschaft der Polizei der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sinngemäß unverhohlen: „Wir werden der Initiative ihre Grenzen aufzeigen" [4]

21. April 2011
Eine Beschwerde der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh gegen den Einsatz von Zivilbeamten sowie gegen die Anfertigung von foto- bzw. videographischem Dokumentationsmaterial auf einer Demonstration der Initiative in Dessau durch verdeckte Polizeibeamte wird durch den damaligen Justiziar der Polizei, Oberregierungsrat Georg Findeisen, zurückgewiesen.

Dezember 2011
Mouctar Bah hat mit seiner Feststellungsklage auf Rechtswidrigkeit der polizeilichen Massnahme am 16.12.2009 (Razzia im Telecafe Dessau) Erfolg. Ihm wird ein Schmerzensgeld von 650 € zugesprochen.

5. Januar 2012
Zwei Polizeibeamte kommen ins Telecafe und teilen dem dort anwesenden Mouctar Bah mit, dass der Slogan „Oury Jalloh – Das war Mord!" strafbar sei und er sich überlegen solle, ob Transparente mit diesen Worten auf der Demo am 7.1.2012 verwendet werden.

7. Januar 2012
Gewalttätige Übergriffe der Landesbereitschaftspolizei auf die Gedenkdemo anlässlich des 7. Todestages von Oury Jalloh in Dessau. Mehrere Demonstrati-

onsteilnehmer_innen wurden zum Teil schwer verletzt. Angeregt wurde dieser Einsatz durch Oberregierungsrat Georg Findeisen und angeordnet durch den damaligen Polizeipräsidenten der PD Ost Kurt Schnieber. Einsatzleiter war Thomas Schulz, Kontaktbeamter des Polizeireviers Dessau war Hannes Werner. Nach Polizeiangaben waren 240 Polizeibeamte vor Ort, darunter eine Einsatzhundertschaft der Bundespolizei aus Magdeburg. Diese entrissen den ca. 150 Demonstrationsteilnehmer_innen mehrere Transparente mit dem Slogan „Oury Jalloh – Das war Mord" und setzten wiederholt Schlagstöcke sowie Pfefferspray ein. Mouctar Bah musste sich nach einem gezielten Kopfstoß eines behelmten Beamten und massivem Pfeffersprayeinsatz mehrere Tage stationär behandeln lassen. [5]

8.Januar 2012

Treffen zwischen Innenminister Holger Stahlknecht, Innenstaatssekretär Dr. Ulf Gundlach, dem Referatsleiter Polizei, Karl-Heinz Willberg, dem Polizeipräsidenten der Direktion Ost, Kurt Schnieber und dem Einsatzführer Thomas Schulz.

»Bei diesem Treffen haben sich Innenminister und Innenstaatssekretär auch über den Vorwurf der Körperverletzung durch Polizeibeamte unterrichten lassen. Sollte gegen betroffene Polizeibeamte Strafanzeige gestellt werden, wird die Staatsanwaltschaft Herrin des Verfahrens sein. Innenminister Holger Stahlknecht wird darüber hinaus vorhandenes Videomaterial sowie alle bekannten Fakten dem Innenausschuss unverzüglich zugänglich machen. „Es muss und wird hier eine lückenlose Aufklärung geben", so Stahlknecht. Innenminister Holger Stahlknecht hat bereits dem Innenausschussvorsitzenden Dr. Ronald Brachmann schriftlich mitgeteilt, dass er den Ausschuss in seiner nächsten Sitzung an diesem Donnerstag über die Sachlage unterrichten wird. Festzustellen bleibt, dass auch erhebliche Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt wurde. [...] Bei der Polizei gibt es fünf leichtverletzte Beamte. Die Polizei leitete Ermittlungsverfahren ein u. a. wegen schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Diebstahl, Verleumdung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.« PM 001/2012 des Innenministeriums vom 9.1.2012 [6]

9. Januar 2012

Im Eingangsbereich des Landgerichts Magdeburg wurden alle angereisten Prozessbeobachter_innen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh von Polizeibeamten abgefilmt. Erst auf Protest einer Anwältin wurde das Filmen unterlassen. Ab dem 9.1.2012 erhöhte sich auch die Präsenz des Staatsschutzes im Landgericht Magdeburg. Ständig anwesend waren der Leiter des Staatsschutzes Frank Schwitzer und zwei seiner Kollegen, die später wiederholt Strafanzeigen gegen bestimmte Personen der Initiative erstellten.

11. Januar 2012

Die Gewerkschaft der Polizei nimmt ihre Beamten in Sachsen – Anhalt in einer Pressemitteilung in Schutz. [7]

6. März 2012

Das Magdeburger Landgericht will den Prozess gegen den damaligen Dienstgruppenleiter Andreas Schubert ohne Urteil einstellen. Die Nebenklagevertretung stellt einen Befangenheitsantrag gegen die 1.Strafkammer des Magdeburger Landgerichts.[8] Eine Demonstration findet statt, in deren Nachgang eine Aktivistin der Initiative wegen Beleidigung von Polizeibeamten angezeigt wird.

12. bis 18. November 2012

„Belagerung" der Staatsanwaltschaft Dessau durch die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh.[9] Das Ordnungsamt Dessau verbietet das Übernachten vor der Staatsanwaltschaft und versucht die Form der Belagerung stark einzuschränken. In zwei Schnellverfahren vor dem Verwaltungsgericht in Halle wird die „Belagerung" zugelassen.[10] Während dieser Zeit wurde im Eingangsbereich eine hoch professionelle Rundumkamera installiert. Zur Überwachung der Demo waren rund um die Uhr ca. 40 Polizisten um das Camp im Einsatz. Ab dieser Zeit haben die Überwachungsmaßnahmen der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh im Bereich der Telekommunikation massiv zugenommen. Es handelt sich dabei um fingierte Anrufe und Kurznachrichten, die zwischen bestimmten Personen hergestellt wurden, um Rückschlüsse auf deren Vernetzung ziehen zu können und diese Personen gezielt einzuschüchtern.

17. November 2012

Eine Demonstration der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wird von einem Dessauer Bürger aus einem Haus heraus schreiend offen rassistisch beleidigt („Scheiß-N... raus aus Deutschland"). Es werden Anzeigen wegen Volksverhetzung gestellt. Der Dessauer Staatsanwalt Blasczyk stellt die Ermittlungen zu diesen Anzeigen jedoch mit der Begründung ein, ‚dass eine Verfolgung dieser Straftat von Amts wegen nicht im öffentlichen Interesse läge'.

8. Juni 2013

Beginnt der Prozess gegen einen Aktivisten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh vor dem Magdeburger Amtsgericht. Der Chef des Magdeburger Staatsschutzes, Kriminalrat Frank Schwitzer, hatte es gezielt darauf angelegt, den in diesem Prozess Angeklagten zu kriminalisieren. So hatte er nachweislich Kollegen und Zivilzeugen aufgefordert Strafanzeigen gegen den Aktivisten zu stellen. Ersterer wurde – trotz gegenteiliger Beweislage durch Zeugenaussagen – von der Vorsitzenden Richterin Nolte schuldig gesprochen und zu einer Strafzahlung in Höhe von 4.500 € verurteilt.

18. Juni 2013

Die Staatsanwaltschaft Dessau verfügt alle Verfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen die Polizeibeamten am 7.1.2012 einzustellen. Ermittlungsverfahren gegen den damaligen Polizeipräsidenten Kurt Schnieber und seinen

„rechtlichen“ Berater, den damaligen Justiziar Oberregierungsrat Georg Findeisen wegen des Verdachts auf strafbare Handlungen und mögliche Pflichtverletzungen wurden ebenfalls eingestellt. Die Anzeigen der Polizei gegen ausgewählte Demonstrationsteilnehmer_innen hingegen wurden aufrechterhalten und mit entsprechenden Anträgen auf Erlass von Strafbefehlen dem Amtsgericht Dessau vorgelegt.

17. Juli 2013

Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau zum Polizeieinsatz am 7.1.2012

»Am Nachmittag des 7.1.2012 fand in Dessau eine Demonstration der „Initiative in Gedenken an Ouri Jallow“ statt. Dabei wurden Transparente mit der Parole „Ouri Jallow – das war Mord“ mitgeführt. Die seinerzeitig neue Leitung der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost hielt diese Parole im Gegensatz zur früheren Leitung für strafbar. Sie hatte deshalb im Vorfeld festgelegt, anders als bei früheren Demonstrationen, bei denen diese Parole bereits verwendet worden war, einschlägige Transparente sicherzustellen. An dieser Änderungsentscheidung war die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau nicht beteiligt. [...] Die einzelnen Polizeibeamten handelten auf Anweisung. Die Polizeiführung war von der Rechtmäßigkeit ihrer Einsatzplanung überzeugt. Im Ergebnis steht beides der Annahme hinreichenden Tatverdachts entgegen. [...]

Soweit sich Demonstranten gegen die mit der Rechtslage objektiv nicht in Einklang stehende Beschlagnahme von Transparenten wehrten, sind Widerstandshandlungen, die eine bestimmte Schwelle nicht überschritten, ebenfalls straffrei. Wegen anderer Taten, die jedoch in keinem Zusammenhang mit der Beschlagnahme der Transparente stehen, hat die Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau Anklage erhoben oder Antrag auf Erlass von Strafbefehlen gestellt. Eine Demonstration bietet keine Rechtfertigung für persönliche Beleidigungen, erst recht nicht für Körperverletzungshandlungen.« Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau Oberstaatsanwalt Christian Preissner [11]

5. September 2013

Erster Prozesstag gegen eine Aktivistin der Initiative vor dem Amtsgericht Magdeburg. Ihr wird vorgeworfen drei Polizeibeamte während einer Demonstration am 6. März 2012 in Magdeburg mit dem Worten „Ihr Mörder!“ persönlich in ihrer Ehre verletzt zu haben und damit auch dem Ansehen von Sachsen – Anhalt geschadet zu haben. Nachdem sich in diesem ersten Prozess herausgestellt hatte, dass die Aussagen der Polizisten objektiv nicht zutreffen konnten, passierte zunächst lange Zeit gar nichts. Im April 2015 wurde dann der Einspruch der Angeklagten gegen den Strafbefehl zurückgewiesen. Dieses geschah nun jedoch in Abwesenheit der Angeklagten, da diese keine Einladung zum Prozess erhalten hatte.

10. Dezember 2013

Erster Prozesstag gegen Mouctar Bah vor dem Dessauer Amtsgericht. Fünf bewaffnete Polizisten sitzen im Prozesssaal. Der Vorwurf der Dessauer Staatanwaltschaft lautet auf Körperverletzung von Polizeibeamten am 7.1.2012. Der zuständige Richter Zahn möchte das Verfahren direkt einstellen. Die Dessauer Staatsanwaltschaft, hier vertreten durch Herrn Blasczyk, lehnt dieses jedoch ab. Die Verteidigung kritisiert, dass Akten und Videofilme nicht vollständig sind.[12] Das Verfahren wurde dann 2015 letztlich doch noch eingestellt – ohne weitere Begründung.

29. April 2014

Prozessbeginn gegen den Aktivisten Mbolo Yufanyi von The Voice Refugee Forum vor dem Amtsgericht Dessau.[13] Der Vorwurf der Dessauer Staatsanwaltschaft lautete auch hier Widerstand und tätlicher Angriff gegen Polizeibeamte am 7.1.2012 am Dessauer Hauptbahnhof. Der Vorsitzende Richter Zahn will auch diesen Prozess am ersten Tag einstellen. Der Dessauer Staatsanwalt Blasczyk besteht jedoch auf den Fortgang. „Ich will mir nicht vorwerfen lassen, ich hätte nicht alles für die Wahrheitsfindung getan.“, kommentiert Blasczyk sein Interesse am Verfolgungseifer. Der Verteidiger Felix Isensee bemängelt, dass die ihm vorliegenden Akten unvollständig seien. Er beantragt die Herbeiziehung sämtlicher Akten und Filmaufnahmen zum Polizeieinsatz am 7.1.2012. Der Prozess wird ausgesetzt und wenige Monate später eingestellt.

27. November 2014

Eröffnung des Verfahrens gegen zwei Aktivisten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh vor dem Amtsgericht Dessau. Der zuständige Richter Rosenberg hatte anfänglich vier Prozesstage angesetzt. Am ersten Prozesstag mischten sich zwei bewaffnete Staatsschutzbeamte unter das Publikum. Sie fotografierten Prozessbesucher und dokumentierten den Verlauf des Prozess. Nach der ersten Pause mussten die Beamten auf Druck der Angeklagten und des Verteidigers den Saal verlassen.

Auch in diesem Prozess war einer der beiden Angeklagten beschuldigt worden am 7.1.2012 Körperverletzung gegen einen Polizeibeamten begangen zu haben. Dieser Vorwurf wurde gleich am ersten Prozesstag vom Richter selbst verworfen. Über den rechtswidrigen Polizeieinsatz am 7.1.2012 durfte im Verfahren dann auch nicht mehr gesprochen werden. Anschließend wurden in insgesamt 18 Verhandlungstagen lediglich über Beleidigungsvorwürfe und die Störung einer angemeldeten Veranstaltung am 7.1.2013 verhandelt.

Aus der Aussage eines Dessauer Staatsschutzbeamten ging hervor, dass den polizeilichen Einsatzkräften im Vorfeld der Oury Jalloh Gedenkdemonstrationen in Dessau entsprechende Dossier Mappen vorgelegt wurden, die Fotos von und private Informationen über Aktivisten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh sowie deren prominente

Unterstützer enthielten. In diesen Mappen waren auch Observationsberichte über die Angeklagten enthalten. (Beweisantrag RA Moritz 12.6.2015)

Die Angeklagten wurden am 19.6.2015 von Richter Rosenberg für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von jeweils 6.000 € („wegen grober Störung einer Versammlung sowie wegen Beleidigung in drei rechtlich zusammen treffen Fällen sowie wegen Beleidigung in zwei rechtlich zusammentreffenden Fällen“) bzw. 225 € („wegen grober Störung einer Versammlung sowie wegen Nötigung“) verurteilt.

12. Dezember 2014

Im Rahmen des Prozesses gegen die beiden Aktivisten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ist ein massives Polizeiaufgebot angerückt. Eine Einsatzhundertschaft aus Magdeburg belagert nicht nur das Gerichtsgebäude, sondern auch den Gerichtssaal und verfolgt die Prozessbeobachter in den Gerichtspausen quer durch die Stadt. Im Anschluss an die Verhandlung provozieren die Polizeibeamten die Angeklagten und anwesende Prozessbesucher. Schließlich wird der Angeklagte kurzzeitig festgenommen, die Mitangeklagte und zwei Prozessbeobachter müssen ihre Personalien abgeben. Zwei Monate später bekommen auch sie Anzeigen wegen angeblichen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte.

30. Oktober 2015

Prozess gegen Mouctar Bah vor dem Amtsgericht Magdeburg wegen Beleidigung von Polizeibeamten am Rande einer Demonstration in Magdeburg am Tag der Urteilsverkündung im Verfahren gegen den damaligen Dienstgruppenleiter Andreas Schubert vor dem Magdeburger Landgericht am 13.12.2012. Das Verfahren wird gegen 200 € eingestellt.

7. Januar 2016

Ein Aktivist der Initiative wird am Ende der Gedenkdemonstration zum 11. Todestag von Oury Jalloh in Dessau kurzzeitig zur Personalienfeststellung von der Polizei festgehalten. Infolge erhielt die Person eine Anzeige wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung. Ihr wird vorgeworfen, mit leeren Feuerzeugen gezielt auf die Beamten vor der Staatsanwaltschaft geworfen zu haben, um diese zu verletzen.

Oktober 2016

Am 13.10.2016 sollte die Revisionsverhandlung gegen den Angeklagten, der am 19.6.2015 vor dem Amtsgericht Dessau von Richter Rosenberg schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt worden war, vor dem Landgericht in Dessau beginnen. Die Staatsanwaltschaft Dessau hatte gegen beide Urteile Berufung eingelegt, weil die „abgeurteilten Strafen gegen die Angeklagten nicht tat- und schuldangemessen waren“, so Staatsanwalt Blasczyk. Den Angeklagten unterstellt er außerdem, eine „offensichtliche Einsichtsunfähigkeit in das begangene Unrecht“ und fordert dehalb in seiner Berufungsbegründung vom 26.02.2016 die Verurteilung der Angeklagten zu höheren Einzel- bzw. Gesamtstrafen. Gegen die Angeklagte, die zu einer Geldstrafe von 225 Euro verurteilt worden war, wurde die Berufung abgelehnt.

Wenige Tage vor Prozessbeginn wurde der Termin dann auf unbestimmte Zeit verschoben. Als Begründung gab das Gericht an, dass man nicht in der Lage wäre genügend Saalschutz zu organisieren.

23. Dezember 2016

Der Aktivist der Initiative, der am 7.1.2016 laut Anzeige mit leeren Feuerzeugen auf Polizisten geworfen haben soll, um diese gefährlich zu verletzen, bekommt einen Strafbefehl. In diesem wird ihm vorgeworfen, dass er in 5 rechtlich zusammentreffenden Fällen versucht hat, eine andere Person körperlich zu misshandeln oder an der Gesundheit zu schädigen. Es erfolgte Widerspruch.

9. Juni 2017

Das Amtsgericht Dessau bietet dem Aktivisten der Initiative bezüglich des Strafbefehls wegen der Feuerzeugwürfe eine Einstellung des Verfahrens gegen 150,00 € an. Das Angebot wurde abgelehnt. Das Gericht hat bislang zwei Verhandlungstage festgelegt:

2. August 2017, 10:15 Uhr am Amtsgericht Dessau, Saal 224

18. August 2017 10:00 Uhr am Amtsgericht Dessau, Saal 224

Quellen:

[1] taz vom 6.1.2008 „Hassfigur der Dessauer Behörden – ‚Große charakterliche Mängel‘“, *http://www.taz.de/Hassfigur-der-Dessauer-Behoerden/!5188934/*

[2] *http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/dessau-polizeichef-entschuldigt-sich-fuer-leibesvisitationen,20641266,17839196.html*

[3] *http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/nc/politik/presse/detail/archiv/2009/dezember/zurueck/presse/artikel/polizeieinsatz-in-dessau-am-vortag-des-jalloh-prozesses-in-karlsruhe-wirft-fragen-auf/*

[4] *http://www.cop2cop.de/2011/07/18/keine-rassistische-praxis-in-der-polizei-sachsen-anhalt/*

[5] *http://www.grundrechtekomitee.de/node/470*

[6] *http://www.presse.sachsen-anhalt.de/index.php?&cmd=get&id=851695&identifier=26e74d7d7bdf76b3df0151f03919b5bd*

[7] *http://www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DE_GdP-nimmt-Beamte-nach-Gedenkdemonstration-in-Schutz*

[8] *https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/2012/03/07/)*

[9] *http://thevoiceforum.org/node/2913*

[10] *http://www.mz-web.de/dessau-rosslau/dessau-rosslau-initiative--oury-jalloh--belagert-staatsanwaltschaft,20640938,21185422.html*

[11] vgl. verkürzte Berichterstattung *http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/fall-oury-jalloh-staatsanwalt-korrigiert-polizei,20641266,23748864.html*

[12] *https://www.kop-berlin.de/beitrag/susan-bonath-mit-aller-harte-mangelhafte-akten-kranker-zeuge-kein-termin-prozess-gegen-opfer-rechtswidriger-polizeiubergriffe-bei-oury-jalloh-gedenkdemo-ausgesetzt-aber-nicht-eingestellt*

[13] *http://thevoiceforum.org/node/3579*

von Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Legal-Team-Auswertung zum Klimacamp 2017 und den Aktionstagen

Als „Legalteam für Alle“ haben wir uns an den diesjährigen Aktionstagen gegen die Braunkohleverstromung im Rheinland beteiligt. Im Rahmen der Aktionstage fanden Blockaden von Schienen auf denen Kohlezüge fahren, Besetzungen von Baggern in den Tagebauen und Sitzblockaden auf Kraftwerkszufahrten statt -sowohl als Massenaktionen (Ende Gelände, Kohle erSetzen) als auch als Kleingruppenaktionen (oft unterstützt von Zucker im Tank). Als Legalteam haben wir Workshops und individuelle Beratungen angeboten, sowohl auf dem Klimacamp, dem Connecting Movements Camp, im Camp for future als auch im Hambacher Forst. Zudem haben wir den Ermittlungsausschuss für die stattfindenden Aktionen gebildet, also versucht den Überblick über die von der Polizei gefangen Genommenen zu behalten und ihnen zu helfen. Außerdem haben wir im Vorfeld dabei unterstützt, Flächen für die verschiedenen Camps zu bekommen.

Suche nach Campflächen

Wir sind in die Suche nach Flächen für die Camps in dem Moment eingestiegen als klar wurde, dass die Suche nach privaten Flächen erfolglos sein würde und die Campflächen versammlungsrechtlich durchgesetzt werden müssen. Dass in der Region Bäuer*innen zögern, ihre Flächen einem Camp gegen Kohle zur Verfügung zu stellen, liegt nicht nur daran, dass viele mit RWE verbandelt sind, sondern auch, dass die Polizeidirektion Aachen im Vorfeld Briefe an Landwirt*innen verschickt hat und auch Anrufe und Besuche durch RWE und Polizei stattgefunden haben. Dies ist eine Einschüchterungsstrategie, die in der Region aber scheinbar keine Neuheit ist. Zudem zeigte sich schon hier die Zusammenarbeit von Polizei und RWE, womit sich die Polizei klar auf der Seite von RWE positioniert, ihre Neutralitätspflicht verletzt und das Demonstrationsrecht behindert.

Es folgten zahllose Mails und Briefwechsel mit Versammlungsbehörde und städtischen Behörden – die Details wollen wir euch ersparen. Wichtig ist, dass wir die Camps letztlich versammlungsrechtlich durchsetzen konnten und uns auch gegen die schikanösen Auflagen zur Wehr gesetzt haben. Jedoch steht fest: Es wurde wieder einmal massiv erschwert, sich mit vielen Menschen gegen Kohle bzw. für eine sozial-ökologische Transformation zu versammeln. Wieder einmal haben sich auch hier die Autoritäten mit aller Kraft gegen linke Politik gestellt. Das Recht politische Camps auf Privatgelände oder öffentlichen Flächen durchzuführen ist es wert in den Rechtsstreit zu gehen und zeitgleich zu überlegen, wie Camps auf anderen Wegen durchgesetzt werden können. So werden wir auch weiterhin für die politische Freiheit kämpfen, sich über einen längeren Zeitraum und auch über Nacht versammeln zu dürfen.

Polizeiliches Handeln bei den Aktionen

An vielen Stellen wurden von der Polizei temporär Kontrollposten eingerichtet, Personalien kontrolliert und Busse durchsucht. Dabei wurden an den Aktionstagen Strohsäcke (als vermeintliche Passivbewaffnung) beschlagnahmt. Zudem wurde die Bewegungsfreiheit größerer Gruppen zum Teil über Stunden hinweg eingeschränkt und diese erst nach langen Verhandlungen zu angemeldeten Versammlungsorten weiterziehen gelassen. Auch 2017 gab es im Rheinland wiederholte Polizeigewalt (zum Problem mit dem Begriff sei auf unten stehende Fußnote verwiesen), vor allem bei Räumungen von Blockaden, teilweise aber auch völlig unerwartet. Bei der Räumung von Sitzblockaden wurden Schlagstöcke, Pfefferspray und Schmerzgriffe eingesetzt und Menschen in die Seite gestoßen, um sie voneinander zu lösen. Dabei trugen zahlreiche Personen blaue Flecken davon, einige wurden am Kopf gezogen. Mehrere Personen berichten davon, dass sie von der Polizei bei der Räumung zunächst getragen, dann jedoch aus einer Höhe von etwa 60cm absichtlich fallen gelassen wurden. Beim Gehen riss ein Polizist mit Schwung sein Knie hoch gegen den

Oberschenkel einer Person, von zahlreichen weiteren Tritten auch in den Rippen, Brust- oder Bauchbereich wurde berichtet. Eine eingeforderte Röntgenuntersuchung wurde von der Polizei in der Gefangenensammelstelle verweigert. Bei einer anderen Person, die auf den Schienen-Schotter gepresst wurde, setzte sich ein Beamter auf ihr Ohr. Durchweg verhielt sich die Polizei respektlos, schikanierte die gekesselten Menschen (besonders massiv beim roten Finger) und beleidigte sie sexistisch und rassistisch während lange andauernder erkennungsdienstlicher Behandlungen vor Ort. Teilweise durften Menschen in den Kesseln nur pinkeln, wenn sie ihre Personalien angaben, O-Ton-Polizei: „Straftätern werden keine Grundbedürfnisse gewährt“. In einer anderen Situation in der es darum ging, dass ein Polizist Aktivist*innen den Kopf schmerzhaft herumgerissen hatte: „Ihr seid linkes Dreckspack, mit euch kann man das machen!“. Zudem wurde uns aus mehreren Blockaden und Kesseln berichtet, dass die Polizei sich unterschiedlich verhielt, je nach Anwesenheit von Presse und Kameras und dass sich Polizist*innen gegenseitig darauf hinwiesen, sich weniger gewalttätig zu verhalten, wenn ihre Handlungen gefilmt wurden.

Anders als vor zwei Jahren bei Ende Gelände 2015 hatten wir jedoch den Eindruck, dass ein gewalttätiges Vorgehen nicht von der Einsatzleitung angeordnet war (damals gab es gezielte massenhafte und für die Situation komplett ziellos erscheinende Angriffe der Polizei auf Aktivist*innen). Dieses Jahr war sehr unterschiedlich, wie gewalttätig und brutal die einzelnen Polizeieinheiten und Polizist*innen agierten. Wir wollen die Gewalt damit nicht verharmlosen. Aus unserer Sicht macht es jedoch einen Unterschied, ob einzelne Beamt*innen gewalttätig werden oder die Gesamtstrategie darauf zu setzen scheint. Zudem stellen wir bedauerlicherweise zumindest bei einigen von uns eine gewisse Gewöhnung fest, wir rechnen bei Ereignissen wie Aktionstagen gegen Kohle im Rheinland schlicht bereits mit Polizeigewalt und sind dann fast schon positiv überrascht, wenn es weniger gewalttätig wird als angenommen. Diesen makaberen Effekt sollten wir selbstkritisch reflektieren.

Auch die einzeln ausgeübte Gewalt beruht auf strukturellen Ursachen innerhalb der Polizei, wie beispielsweise der Einkasernierung der geschlossenen Einheiten (Hundertschaften), die durch die Angewiesenheit aufeinander den Korpsgeist und den bestehenden Hass auf Linke oder Ökos stärkt und Aggressivität fördert. Einen durchaus lesenswerten Artikel dazu findet ihr hier: *http://www.jetzt.de/politik/rassismus-in-der-polizei-ein-junger-polizist-berichtet*

Innerhalb des Legalteams wird kontrovers darüber spekuliert, inwieweit es sich bei dem zum Teil beobachteten mäßigenden Einwirken einzelner (auch leitender) Beamt_innen auf andere Polizist_innen um Courage handelte oder gezielt die Strategie „guter-Bulle-böser-Bulle“ eingesetzt wurde.

In den Gefangensammelstellen in Mönchengladbach und Aachen, in die im Verlaufe der Aktionstage mehrere hundert Menschen verbracht wurden, verwehrte die Polizei den Eingesperrten ihre gesetzlich geregelten Rechte vielfach. So wurden Personen gezwungen sich zu entkleiden, ihnen wurde verwehrt Anrufe zu tätigen, teilweise untersuchte die Polizei sogar Körperöffnungen und sie wurden nicht über die Rechtsgrundlagen der Ingewahrsamnahmen unterrichtet, schon gar nicht die nicht-deutschsprachigen Menschen. Eine richterliche Anhörung zur Verhängung eines Langzeit-Unterbindungsgewahrsams fand bei mehreren Personen durch die geschlossene Zellentür und ohne Dolmetscher*innen statt, sodass die betroffenen Personen überhaupt nicht einschätzen konnten, was gerade passierte. Vielen Personen wurden nach der Ingewahrsamnahme ihre persönlichen Gegenstände nicht oder nicht vollständig wieder ausgehändigt (das reichte von Schuhen bis zu Trommeln. Beschlagnahmte hochwertige Kameras wurden von RWE Securities (!) zunächst der Polizei gar nicht erst übergeben). Besonders bei Kleingruppen ging die Polizei bei der erkennungsdienstlichen Behandlung brutal vor, presste die Hände mit Zwang auf die Lesegeräte oder machte Fotos durch starkes Festpressen des Kopfes. Das Legalteam und einer unserer Anwälte wurde seitens der Gefangensammelstelle belogen, beispielsweise über die Frage, ob noch Personen inhaftiert seien oder dass niemand mehr in der Nacht freigelassen würde.

In der Pressearbeit der Polizei ist uns aufgefallen, dass diese wiederholt auf eine angebliche Lebensgefahr für die Aktivist*innen hinwies, zum Beispiel durch eine angeblich nicht gesperrte Zugstrecke, weshalb die Polizei dort geräumt hätte. Allen Beteiligten war jedoch klar, dass sich die verschiedenen Akteur*innen durchaus mit den Gefahren im Tagebau und auf Bahngleisen beschäftigt hatten und entsprechende Vorkehrungen getroffen hatten, sodass die behauptete Lebensgefahr so nicht existierte. Unserer Einschätzung nach soll diese Propaganda von Polizei (und auch RWE) die Aktivist*innen als unverantwortlich darstellen und andere von ähnlichen Aktionen abschrecken.

Sehr bemüht waren Teile der Polizei um eine Kommunikation mit den Aktiven gegen Braunkohle. Der Polizeipräsident kam mehrfach ans Klimacamp und sein persönlicher Referent sowie der Kontaktbeamte Hinteregger (der auch für den Hambacher Forst zuständig ist) kommunizierten auch mit uns als Le-

galteam, gaben tatsächlich Auskunft über aktuelle Ingewahrsamnahmen und ermöglichten eine unbürokratische Lösung, indem sie beschlagnahmte Samba-Instrumente beim Camp vorbei brachten. All dies waren Informationen bzw. Taten, die erforderlich wurden, weil an anderer Stelle die Polizei massiv Grundrechte missachtet hatte und die Instrumente widerrechtlich einbehalten hatte sowie Personen aus der Gefangenensammelstelle nicht telefonieren ließ. Ob dies Teil der Polizeistrategie war oder Zufall, wissen wir nicht, jedenfalls ermöglichte es dem Kontaktbeamten und dem Polizeipräsidenten Gespräche mit uns anzufangen, Gespräche die wir geführt haben, um Menschen zu unterstützen. Nach Einschätzung einiger Menschen aus dem Legalteam dienten die Gespräche nicht in erster Linie dazu, uns zu helfen, sondern vor allem zur Informationssammlung, die letztlich zumindest gegen die Braunkohlegegner*innen verwendet werden sollen, die sich nicht an Gesetze halten. Denn die Aufgabe der Polizei bleibt es, Protest und Widerstand gegen RWE zu unterbinden bzw. ungefährlich zu halten, auch wenn sie das mit unterschiedlichen Mitteln versucht.

Unsere Spekulation zur Polizeistrategie ist, dass die Polizei eine Pressebericht-erstattung wie 2015 fürchtete (in der die massiven Gewaltausbrüche thematisiert wurden und die Polizei schlecht wegkam), das bestätigte auch der Polizeipräsident Weinsbach persönlich. Weiter möglich ist, dass die Polizei(führung) erkannt hat, dass es in den vergangenen Jahren nicht funktioniert hat, die Bewegung durch massive Gewalt oder das Überziehen mit Verfahren klein zu bekommen und sich damit abgefunden hat, dass es wenige Tage im Jahr Ausnahmezustand im Kohleabbaugebiet gibt. Und wir den Kampf dahin gehend gewonnen haben, dass die Polizei es für sinnlos hält, an der Stelle weiter zu eskalieren, sondern versucht, den Protest zu managen bzw. damit umzugehen. Die Gefahr für uns besteht darin, dass der Widerstand zu einem Ritual verkommt und berechenbar wird. Das zeigt unserer Meinung nach auch, wie wichtig es ist, auf verschiedenen Ebenen, überall und jederzeit, widerständig zu sein, auch außerhalb der Aktionstage.

Praxis der Personalienverweigerung

Weil es um die Personalienverweigerung größere Debatten gibt und da in unserer und der polizeilichen Praxis viel Bewegung ist, möchten wir auf diesen Aspekt und die diesjährigen Erfahrungen damit gesondert eingehen.

Die Erfahrungen aus den Aktionen der Klimacamps der letzten Jahre, von Ende Gelände und aus dem Hambacher Forst zeigen, dass durchaus vielfach mit Erfolg die Personalien verweigert werden konnten.

Vor den Aktionen

Vor Beginn der Aktionen haben wir viele Beratungen gemacht. Wir konnten in diesem Jahr eine Verschiebung der Debatte vom OB zum WIE feststellen: Es gab Fragen von Personen, die sich unsicher waren, wie das grundsätzlich läuft bei der Personalienverweigerung oder ob das in bestimmten Fällen sinnvoll sei. Vermehrt haben sich Fragen zur konkreten Ermittlungspraxis der Polizei: „Mit welchen Datenbanken werden die Fingerabdrücke und Fotos abgeglichen?“ (soweit wir wissen momentan nur polizei-interne) und die Fragen dazu, wie es konkret gelingen kann, die ED-Behandlung zu erschweren, zum Beispiel zum Abkleben der Fingerabdrücke mit Sekundenkleber oder zur Unbrauchbarmachung mit Rasierklingen.

Wir haben beobachtet, dass für viele die Personalienverweigerung im Kontext von Anti-Braunkohle-Aktionen dazu gehört, auch für Menschen die sich das vorher nicht vorstellen konnten wurde das zur Option. „Ende Gelände“ hatte erklärt, die „kollektive Nicht-Angabe von Personalien im Kontext der geplanten Massenaktionen für eine sinnvolle Strategie“ zu halten und gute Erfahrungen damit gemacht zu haben. Vielleicht auch daraus resultierend haben deutlich weniger Personen direkt Rat beim Legal Team gesucht zur Frage, ob sie Personalien verweigern sollen oder nicht.

Während der Aktionen

Während der Aktionen verweigerten viele Menschen die Personalien, wie viele können wir nicht sagen. Bei den Sitzblockaden von „Kohle erSETZEN“ gaben die meisten, aber nicht alle ihre Personalien an, bei „Ende Gelände“ verweigerte ein Großteil, viele gaben aber auch die Daten raus. Auch bei vielen Kleingruppenaktionen wurden die Personalien verweigert. Die Polizei hatte sich in soweit auf die Situation eingestellt, dass sie mobile Fingerabdruckscanner dabei hatte. Ein Teil der Leute wurde damit direkt vor Ort in Kesseln abgearbeitet, ein Teil wurde in die Gefangenensammelstellen gefahren. Einige Aktivist*innen setzten Sekundenkleber ein, um ihre Fingerabdrücke unkenntlich zu machen. Ob das bei den elektrischen Scannern hilft, ist umstritten. Anhaltspunkt dafür, dass es zumindest manchmal hilft ist, dass die Polizei mit Lösungsmitteln arbeitete um den Sekundenkleber zu entfernen. Dieser Aufwand führte dazu, dass in einigen Kesseln die Polizei die Fingerabdruck-Abnahme beendete und nur Einzel-Fotos von den Aktivist*innen machte, um sie später wieder identifizieren zu können.

Am Rande sei erwähnt, dass es auch andere Gründe als die Verweigerung der Personalien für Ingewahrsamnahmen gibt: So wurden einige der „Kohle erSETZEN“-Menschen wegen der Nicht-Befolgung eines Platzverweises mitgenommen.

Direkte Auswirkungen

Wir konnten in diesem Jahr (anders als in den letzten Jahren) nicht beobachten, dass die Polizei mit Fotos nach Einzelnen fahndete und Autos entsprechend kontrollierte. Schon vor, aber auch während und vor allem nach den ersten Aktionen

richtete die Polizei Kontrollstellen ein und kontrollierte die Personalien von Personen in Autos, Bussen oder vereinzelt auch auf Fahrrädern. Viele fragten beim Legalteam nach den Rechtsgrundlagen und Handlungsmöglichkeiten. Ein juristisches Vorgehen gegen die Kontrollen rund um das Camp während der Aktionstage blieb erfolglos (Kontrollstellen auf dem Weg zu einer Versammlung seien legal). Das heißt nicht, dass das immer so ausgehen muss. Direkt vor Ort stellte sich aber vor allem die Frage nach dem konkreten Umgang damit. Positiv nahmen wir wahr, dass Personen sich nach den Grundlagen erkundigten und fragten, wie sie die Polizei davon abbringen könnten (z.B. darf bei einer Verkehrskontrolle nur die Fahrer*in kontrolliert werden). Eine Strategie gegen diese Kontrollen und ein kollektiver Umgang damit fehlte jedoch weitestgehend. Eine Möglichkeit wäre, die Kontrollen für die Polizei möglichst ätzend zu machen, ob durch Konfetti, Kreide, Tröten, Überidentifikation, spontan angemeldete Demos u.ä. Klar ist jedoch, dass hier das Legalteam keine Antworten für alle geben konnte und kann, sondern alle Akteur*innen und Aktivist*innen sich überlegen müssen, dass zum Personalien verweigern auch überlegt werden muss, was das für An- und Abreise bedeutet und wie der Umgang mit Kontrollen gestaltet werden kann. Was wir in der Beratung rund ums Thema Personalienkontrollen noch wahrgenommen haben, war die starke Angst vor diesen Kontrollen bzw. einer Identifizierung allgemein. Wir halten diese Angst für zu wenig thematisiert als Argument gegen die Personalienverweigerung, auch weil sie ein Abschließen mit der Aktion noch schwerer ermöglicht, als wenn mensch bloß nicht weiß, was jetzt von der Polizei und Justiz kommt. Dieser Angst müssen wir entgegenwirken. Es ist ein Erfolg von Repression, wenn die Menschen aus Angst identifiziert zu werden, nicht in die nächste Aktion gehen oder früher abreisen um Kontrollen zu entgehen. Auch wenn eine Person identifiziert wird, geht die Welt nicht unter. Jahrzehntelang haben Menschen ähnliche Aktionen gemacht und ihre Personalien angegeben. Ein Strafverfahren ist vielleicht nervig (kann aber auch politisch eine Chance darstellen), verläuft aber oft genug im Sand und selbst wenn nicht sind die Strafen selten existenzbedrohend. Ob die Anonymität das Gewaltrisiko durch die Polizei erhöht, ist nicht zweifelsfrei festzustellen, aber möglich. Denn so haben die einzelnen Polizist*innen weniger Angst vor Verfolgung ihrer Taten, da verprügelte Aktivist*innen, die anonym bleiben wollen, wohl kaum gegen die Polizist*innen aussagen. Durch die Personalienverweigerung werden auch verwaltungsrechtliche Klagen gegen Polizeimaßnahmen erschwert. Außerdem war es konkret bei den Aktionen dieses Jahr für Menschen schwerer (oder zumindest bestand das Gefühl), sich um beschlagnahmte und nicht zurückgegebene Sachen zu kümmern. Im Resultat hat sich das Legalteam darum gekümmert – natürlich auch ohne die Identität von Einzelpersonen gegenüber der Polizei preis zu geben.

Was lernen wir draus

Als Legalteam sind wir der Meinung, dass auch dieses Jahr die Personalienverweigerungen weitgehend erfolgreich verliefen. Um damit weiter zu machen, muss jedoch ein Umgang mit der Angst vor der Identifizierung im Allgemeinen und ein Umgang mit Personenkontrollen im Speziellen gefunden werden. Menschen dürfen nicht unter Druck gesetzt werden, die Personalien zu verweigern. Wichtig bleibt auch: Das Polizeiverhalten ist nicht verlässlich und berechenbar: Es können Personen mitgenommen werden, die ihre Personalien angegeben haben. Die Polizei kann alle wieder laufen lassen oder versuchen, einzelne in U-Haft zu stecken (wie 2016).

Wir freuen uns auf die nächsten Aktionen! Mit widerständigen und solidarischen Grüßen,

euer Legal Team für Alle

von Legal Team für Alle im KIimacamp 2017

In Oldenburg organisiert sich eine Gruppe von Klimaaktivist*innen unter dem Namen Klimakollektiv Oldenburg. Neben den Ende Gelände Aktionstagen liegt ein Schwerpunkt der Aktivitäten auf lokalen und regionalen Themen, die im Zusammenhang mit Klimaschutz und Klimagerechtigkeit stehen. Zuletzt organisierte die Gruppe zusammen mit dem AStA der Uni Oldenburg Anfang Februar eine Demonstration durch die Oldenburger Innenstadt. Ca. 150 Menschen beteiligten sich lautstark mit der Forderung nach Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. In Redebeiträgen und auf Transparenten gegen die unzureichende Klimapolitik der Bundesregierung, in Solidarität mit dem Widerstand im Hambacher Forst (#FreeHambi9) und gegen Steinkohletransporte durch Oldenburg wurden Forderungen nach radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und der Überwindung der kapitalistischen Ordnung als Ursache und Beschleuniger des Klimawandels laut.

Twitter: OKlimaKollektiv
E-Mail: klimakollektivol@posteo.de
Offene Treffen:
Jeden 1.Di. im Monat um 20.00 Uhr im Kreativlabor, Bahnhofstr. 6, Oldenburg

Hambacher Forst Soli-Foto zur Klimagerechtigkeits-Demo im Februar 2018

Unsere Solidarität gegen ihre Kriminalisierungsversuche

Nicht erst seit den Protesten gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg üben sich reaktionäre und konservative oder einfach wahlkämpfende Kräfte der (Kommunal)Politik darin, linke, emanzipatorische Freiräume und Zentren mit „Extremismus"-Vorwürfen anzugreifen und „Horte linker Gewalt" herbei zu phantasieren.

Der Zusammenschluss autonomer Zentren erklärt sich solidarisch mit der Roten Flora in Hamburg, dem KTS in Freiburg, dem Café Exzess und Klapperfeld in Frankfurt und all jenen emanzipatorischen/linken Zentren und Strukturen, die Räume für politische, kulturelle und soziale Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen organisieren. Außerdem verurteilen wir die politische Motivation der Repressionsorgane, die sich unter anderem in den überzogenen ersten G20-Urteilen und den absurden 14 Hausdurchsuchungen des 27.09.2017 zeigt.

Der Zusammenschluss autonomer Zentren (zaz) ist ein Netzwerk verschiedener Freiräume aus Niedersachsen und Ostwestfalen. Auch Teile des zaz sind in Folge der Hetze gegen die G20-Proteste von Presse, CDU und noch-weiter-rechts angegriffen worden. Uns sollen Förderungen entzogen, die Räume gekündigt oder überhaupt die Grundlagen unserer Arbeit an einer anderen Welt genommen werden.

Als Zusammenschluss autonomer Zentren erklären wir dazu: Unsere Freiräume und Zentren sind (H)Orte von Solidarität, Selbstverwaltung, emanzipatorischen Projekten, radikaler Gesellschaftskritik und Ideen für eine andere Welt jenseits von Kapitalismus und Diskriminierung. Wir unterstützen einander und alle Orte der Emanzipation. Wir machen weiter.

Getroffen hat es einige Zentren, gemeint sind wir alle.

Solidarität mit der Roten Flora, dem KTS und dem Café Exzess/Klapperfeld!

UJZ Korn Hannover

Fla Fla Herford

SubstanZ Osnabrück

Freiraum Hameln

Juzi Göttingen

Nutzer*innen aus dem Alhambra

Oldenburg

Villa Bünde

AJZ Bielefeld

von ZAZ

https://zazonline.noblogs.org/post/2017/11/18/solidaritaetserklaerung-des-zaz/

Posted on 2017-11-18

Zusammenschluss autonomer Zentren zu Angriffen gegen linke Strukturen

Romantische Zu
und warum Li

von Sanczny, Blogbeitrag

Für mich und all die anderen, die im Teelöffel fischen.

Fast zwei Jahre ist dieser Post her. Ich würde heute vieles anders schreiben. Darum schreibe ich diesen Post, auch auf die Gefahr hin, dass mich wieder aufgebrachte Heten beschimpfen und mir erklären, dass das alles nicht stimmt, weil sie anders sind.

Normative Ideale muss niemand exakt so leben, damit sie ihre Funktion erfüllen. Romantik ist ein normatives Ideal. Und dieses sich selbst als anders verorten, passiert meines Erachtens viel zu schnell. Darum dieser Post.

Ich sehe sehr viel Polyamorie um mich rum und sehr wenig Anstrengung, sich mit dem ganzen Mist auseinanderzusetzen, den man auch dort wieder hinein trägt. Anders ist nicht automatisch besser, aber viele scheinen das anzunehmen.

Und ich finde, zu wirklich emanzipatorischen Beziehungspraxen gehört sehr viel mehr Anstrengung.

tl;dr Es gibt im Kapitalismus keine Liebe außerhalb seiner Konkurrenzverhältnisse.

//

Die Romantische Zweierbeziehung Was gibts zu kritisieren an der Romantischen Zweierbeziehung?

Sie ist normativ und ausschließend. Zu ihr gehören zwei Leute, nicht mehr, nicht weniger. Idealerweise ein Mann und eine Frau. In linken Kreisen wird sie deshalb oft verschämt gelebt. Dazu gibt es diesen Text von Fremdgenese, der die RZB als „Trotzdem" analysiert. Mit all diesen Trotzdems, die wir so leben, wenn wir die RZB leben, während eine bessere Zukunft noch nicht so ganz absehbar ist.

Warum RZB? Trennung in Produktions- und Reproduktionssphäre. Letztere auch als Sphäre der Ausbeutung durch unbezahlte Arbeit. Die heterosexuelle Paarbeziehung ist funktional für den Kapitalismus. In der Fachsprache nennt man sie deswegen „systemtragende Scheiße".

Aber die RZB ist auch: Liebe, Zärtlichkeit, Loyalität. Ganz und unverstellt geliebt werden. Der Gegenentwurf zur Individualisierung. Liebe bedeutet Zuneigung, Zärtlichkeit und Nähe, Sex, Verbindlichkeit, das Gegenteil von Einsamkeit, Hingabe, Treue (vielleicht), ... und Schmerz. Liebe bedeutet nicht für alle dasselbe, aber darum gehts hier gerade, das, womit sie aufgeladen ist.

Heteronormativität reglementiert hin zu Hetero- und Paarbeziehungen und privilegiert diese. Ganz oder teilweise ausgeschlossen sind Menschen, die nicht in diese Normen passen: Homosexuelle, bisexuelle, asexuelle, trans*, intersexuelle, aromantische Menschen und Abstufungen/Variationen, Menschen ohne Partner*in, mit Mehrfachbeziehungen, ... (Ich will nicht sagen, dass die alle diskriminiert wären.)

Die Liebe ist bei Luhmann ein „symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium", ein Code, mit dem wir in der Lage sind, Gefühle auszudrücken. Die Art, wie wir Intimität kodieren. Wir lieben nicht "von Natur aus" wie wir das tun, wir lernen das, und zwar in unterschiedlichen zeitlichen und kulturellen Kontexten unterschiedlich.

Menschen sind „von Natur aus" so wenig mono- wie poly-romantisch. Man ist nicht „born this way" in ein soziales Konstrukt.

Romantik ist ein kultureller Code. Wir laden Dinge mit Bedeutung auf nach bestimmten Regeln. Die lernen wir, durch Abschauen von der Umwelt, Liebeslieder, romantische Komödien ... um dann Dinge zu wissen über Paris, Candlelight-Dinner, Blumen ... Einige sind ganz schlau, und behaupten, dass Romantik bei ihnen nicht funktioniert, während sie einfach nur andere Dinge mit derselben Bedeutung auf- und überladen. (Über Romantik im Kapitalismus: Eva Illouz „Consuming the Romantic Utopia")

Fakt ist: Die Romantik ist nicht vom Himmel gefallen. Das war nicht „schon immer" so und ist nicht irgendeine „menschliche Natur".

Beziehungen existieren in keinem Machtvakuum. Die Machtverhältnisse werden von den wenigsten gerne hinterfragt, weil die Liebe als Rückzugsort konzipiert ist, über den man sich nicht auch noch die Illusionen nehmen will. Aber Ausblenden hilft halt nicht gegen Probleme.

[Jetzt kommt der beliebte Theorieteil, falls ihr den überspringen wollt.]

//

1. BESTANDSAUFNAHME

//

Was ist Romantik?

Mit dem romantischen Liebesideal wurden Liebe, Sex und Elternschaft in die Ehe verbannt. Wahre Liebe sollte für immer halten. Maßnahmen zu ihrer

weierbeziehung
iebe weh tut

Erhaltung waren also unnötig bzw. Zeichen dafür, dass die Liebe nicht aufrichtig war. Die romantische Liebe nahm die geliebte Person als einzigartig an und darum konkurrenzlos. Eifersucht war damit überflüssig. Die hohe Wertschätzung der Individualität machte die Liebe zum wichtigsten Ort der Selbstverwirklichung. Nur erwiderte Liebe war richtige Liebe. Damit wurde die Frau vom Objekt der Verehrung zum autonomen Gefühlssubjekt. Ihre Gefühle wurden wichtig und sie bekam das Recht, Nein zu sagen.

Veränderungstendenzen im Liebescode

Einige Punkte des kulturellen Codes der Liebe haben sich überlebt, andere in der Bedeutung verschoben. [Könnt ihr alles ausführlicher nachlesen in: Karl Lenz „Soziologie der Zweierbeziehung"]

- Selbstverwirklichung ist heute zentrales Motiv romantischer Beziehungen. Die einmal getroffene Entscheidung für eine*n Partner*in wird nicht mehr als lebenslang bindend betrachtet. Es gibt nicht mehr den*die Eine*n. Das Gelingen einer Beziehung hängt von den Beteiligten ab, die jetzt als autonome Personen gedacht werden, die miteinander kommunizieren und ihre Gefühle ausdrücken. Selbstaufopferung widerspricht dem Gedanken der Selbstverwirklichung. Was früher Musterbeispiel für wahre Liebe gewesen wäre, ist heute zu viel. Heute gilt es, die Eigenständigkeit zu wahren und die des Gegenübers anzuerkennen.
- Die Geschlechtsspezifik verschwindet zunehmend aus dem Liebescode. Die Geschlechter werden nicht mehr als grundlegend verschieden gedacht und auf bestimmte Verhaltensweisen festgelegt. Frauen werden nicht mehr so stark auf den die privaten Bereich beschränkt und gewinnen an Freiheit und Unabhängigkeit. Männern werden stärker als früher Gefühle zugestanden. Unsere Vorstellungen von Geschlecht in Beziehungen nähern sich an.
- Kommunikation gewinnt an Bedeutung, weil (1) das Streben nach Selbstverwirklichung und (2) der Wegfall geschlechtsspezifischer Vorgaben frühere Orientierungspunkte aus den Beziehungen nehmen, was Beziehungen dynamischer macht. Es muss mehr Austausch stattfinden. Offenheit und Aufrichtigkeit sind dabei zwingend notwendig. Die Partner*innen werden so etwas wie Therapeuten füreinander, und Beziehung ein Ort, an dem man sich zuhört und über Ängste austauscht. Die frühere Tendenz zur Konfliktvermeidung wird abgelöst von der Ansicht, dass Konflikte unvermeidbar sind, konstruktiv sein können, stärker aneinander binden.

Das bedeutet...

- Das Versprechen der Dauerhaftigkeit hat an Bedeutung verloren: Durch die gesteigerte Bedeutung des Individualitätsanspruchs wird die Liebe zur einzig legitimen Basis der Zweierbeziehung. Die Beziehung ist durch nichts gesichert außer der Liebe. Wenn die Liebe verschwindet, endet die Beziehung.
- Die Paradoxie des Individualitätsanspruchs wird sichtbar: Die Bestätigung der eigenen Individualität ist in der Liebe von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig soll aber durch die Liebe die Fremdheit zum Gegenüber völlig überwunden werden. Die romantische Liebe setzt damit eine Einheit von Selbstbezug und Fremdbezug voraus, bei der das Enttäuschungspotential schon eingebaut ist.
- Die Einheit von Liebe und Elternschaft bricht weg: Die Vorstellung, dass sich im gemeinsamen Kind die Liebe vollendet, verliert an Bedeutung. Kinder sind nur noch eine von mehreren Optionen zur Selbstverwirklichung.
- Die Liebe ist nicht mehr auf pure Zweisamkeit angelegt: Abschottungstendenzen lockern sich. Die Außenwelt ist nicht mehr vorrangig Störfaktor. Es kann auch wichtige Bezugspersonen außerhalb der Beziehung geben.

Der Code sagt noch nichts darüber, wie wir leben:

Wie sieht die soziale Praxis der Liebe heute aus?

- Unterschiedliche Leitbilder des Liebesideals existieren nebeneinander. Alte und neue Vorstellungen über die Liebe existieren zeitgleich. Teilweise sind einzelne Menschen Träger unvereinbarer Vorstellungen und zwischen alten und neuen Vorstellungen hin- und her gerissen.
- Neben den unterschiedlichen Leitbildern fordern Spannungen und Paradoxien im Liebescode selber

die Improvisationsfähigkeiten der Beteiligten und ihre Fähigkeit zu Kompromissen.

- Auch Menschen mit ähnlichen Vorstellungen von der Liebe können unterschiedliche Vorstellungen von den Vorgaben ihrer Liebe haben, z.B. kann unter beiderseitigem Anspruch auf absolute Offenheit in der Beziehung immer noch unterschiedliches verstanden werden.
- Weiter weicht die gelebte Liebe in der Zweierbeziehung von ihrem kulturellen Code ab, weil Ideal und reale Rahmenbedingungen unvereinbar sind. Alltag, Routine und Banalität sind im romantischen Ideal nicht vorgesehen. Das Ideal fordert von den Beteiligten mehr, als sie leisten können unter den Bedingungen der Realität. Die unausweichlichen Enttäuschungen werden sich selbst oder einander zugeschrieben, nicht der Liebe.
- Das Ideal der romantischen Liebe geht von einem Maß an Sozialkompetenzen aus, das Liebende in der Realität selten haben. Auch hier ist hohes Potential zum Scheitern eingebaut.

//

Normative Ideale brauchen keine Menschen, die exakt so leben, um zu funktionieren. Die ganzen Tweaks und Cheats, die das romantische Ideal lebbar machen, ändern nicht, dass das was da gelebt wird, problematisch ist.

//

II. KRITIK

//

Bedürfnisse

Beziehung ist heute weniger die Basis für Familie als Rückzugsort. Beziehung ist ein Ort für unsere Bedürfnisse, um über Bedürfnisse zu sprechen, alle möglichen Bedürfnisse auszulagern, die wir woanders nicht ansprechen können oder mit denen wir woanders nicht gehört werden. In der Beziehung wird die Trennung privat/öffentlich reproduziert.

Wir haben Erwartungen der Bedürfnisbefriedigung an unser Gegenüber in der Beziehung. Ob wir erst ein Gegenüber haben und dann Bedürfnisse entstehen oder ob wir zu vorhandenen Bedürfnissen ein Gegenüber suchen, ist manchmal nicht ganz klar. Laut Freud ist zuerst ein Begehren da und eine Leere, die gefüllt werden muss.

Die RZB beinhaltet auch den Wunsch nach Gegenseitigkeit: Man will nicht nur, sondern will auch zurück-gewollt werden. Das muss auch gezeigt werden, freiwillig aus sich heraus und wie zufällig genau so, wie sich das Gegenüber das wünscht. Nicht einfach.

//

Heteronorm

Heteronormativität ist die Einstellung, dass Heterosexualität der normale und natürliche Ausdruck von Sexualität ist. Wo eine Norm ist, sind auch Ausschlüsse: Menschen, die nicht in die Norm passen, und denen die damit verbundene „normale“ Behandlung verwehrt bleibt. Heterosexualität wird privilegiert. Heteronormativität ist auch Basis für die RZB. Sich komplettieren und all das.

Die romantische Zweierbeziehung ist nicht symmetrisch. Das in der Beziehung zum Thema zu machen, ist aber schwierig: Weil die Liebe dem Ideal zufolge ausschließt, dass nicht fair zueinander sein im Bereich des Möglichen liegt.

Geschlechterdifferenz ist konstitutiv für die heterosexuelle Beziehung, expliziter Bezug auf eine unterstellte Unterschiedlichkeit ist zentraler Bestandteil.

Hetero-RZBs bestehen aus unterschiedlich vergesellschafteten Individuen. Frauen sind doppelt vergesellschaftet in Produktions- und Reproduktionssphäre, Kompromisse werden eher von ihnen erwartet. Männer sind in der Produktionssphäre privilegiert, werden dort immer noch besser bezahlt. Die gegenseitige Unterstützung in der RZB geht tendenziell zu Lasten der Frauen, auf die aufgrund immer noch unterschiedlicher Sozialisation mehr unbezahlte Arbeit zurückfällt.

//

Herrschaft und Liebe

Die romantische Liebe ist herrschaftsförmig. Sie ist die Ideologie, die die Anziehung der in Zweigeschlechtlichkeit als einzigen naturalisierten Geschlechter sicherstellt. Das ist funktional für den Kapitalismus.

Die RZB ist aber auch der Ort, an dem wir Nähe finden, uns nicht zu verstellen brauchen. Theoretisch. Manchmal verstellen wir uns, weil uns die Beziehung wichtig ist. Manchmal beschwert man sich mal nicht oder äußert Bedürfnisse nicht, weil das die Beziehung belasten würde. Aber theoretisch ist die RZB eine Bindung, auf die man sich verlassen kann. Und das ist unabhängig von dem gesellschaftlichen Zweck, den sie erfüllt, ~eigentlich eine gute Sache.

Die RZB ist ein Austausch, man kann an ihr wachsen, Bedürfnisse aufeinander einstellen. Aber diese Bindung ist immer auch ein emotionales Abhängigkeitsverhältnis. Man hat sich aufeinander eingestellt. Und wenn das zu Ende ist, steht man da als eine Hälfte von etwas nicht mehr Existierendem.

//

Abschottung

Romantische Liebe bedeutet auch Abschottung. Die Zweisamkeit schließt Dritte aus. Die RZB hat Priorität und alle anderen müssen hinter ihr zurückstehen. Die RZB ist die letzte Person, der man absagt. [Das gilt auch für hierarchische Mehrfachbeziehungen.]

Die RZB ist auch ein Ort viel zu hoher Erwartungen. Dinge, die man auch in Freundschaften bekommt, wenn man keine RZB führt, werden in die RZB verlagert und exklusiv gemacht. Alle Bedürfnisse nach Nähe, Geborgenheit, Sex, treffen auf nur eine Person, die diese erfüllen soll. Und die Bedürfnisse dieser einen Person stimmen vielleicht auch nicht immer mit den eigenen überein. Wenn die RZB nicht mehr funktioniert, führt das auf einen Schlag zu einem riesigen Verlust, weil man so viele Bedürfnisse in sie hinein verlagert hat.

Die Abschottung wirkt noch auf andere Weise: Menschen außerhalb reproduzieren das Innen/Außen mit und mischen sich nicht so leicht in die Angelegenheiten der RZB ein. Die RZB gilt als freiwillig. Die materiellen, sozialen,

emotionalen Zwänge, die sich in der Beziehung einstellen, müssen ausgeblendet werden wegen der Anforderungen, die das Ideal an uns stellt: Unsere Autonomie zu wahren und unabhängig zu bleiben. Das ist in einer Realität mit gemeinsamen Freunden, Verpflichtungen und sich aufeinander verlassen, nicht einfach. Dabei ist sich aufeinander verlassen können zentral für die RZB.

//

Keep your Politics out of my Everything

Der Anspruch, die Politik irgendwo „rauszuhalten", gehört zu den Spaltungen kapitalistischer Gesellschaften. (Könnt ihr hier genauer nachlesen, ich schreibs aber nochmal kürzer auf. Don't sue me.)

Es gibt drei große Spaltungen in der kapitalistischen Gesellschaft, die für diese funktional sind. Die Trennung in ...

1. Gesellschaft und Politik
Die bürgerliche Gesellschaft ist konzipiert als eine apolitische Sphäre, in der alle für sich Privatinteressen nachgehen können, und eine politische Sphäre, in der Allgemeininteressen verhandelt werden. Im Liberalismus merkt man diese Trennung z.B. an dem Anliegen, von Einwirkungen des Staates (also der Politik) möglichst verschont zu bleiben. Die persönlichen Interessen erscheinen so als unpolitisch. Gesellschaft wird damit zu einer Sphäre, in der man sich nicht füreinander interessiert. Wir nehmen uns im Vorbeilaufen auf der Straße nicht als voneinander abhängig und in Allgemeininteressen verbunden wahr. Unsere gemeinsamen Anliegen diskutieren wir in der Politik. Die Gesellschaft entziehen wir deren Zugriff.

2. Öffentlichkeit und Privatsphäre
Während in der vorbürgerlichen Gesellschaft Familie, Wirtschaft und Politik noch in Haus/Hof/Familie zusammenfielen, kam es mit der Industrialisierung zu einer klaren Trennung von öffentlichem und privatem Leben, von Produktions- und Reproduktionssphäre, mit einer spezifischen Arbeitsteilung. Die Produktion verlagerte sich von Haus und Hof weg in die Lohnarbeit. Die Reproduktion (die Herstellung und Wiederherstellung von Arbeitskraft) verblieb im [dann] Privaten.

Mit dieser Aufteilung kam es zu einer unterschiedlichen Vergesellschaftung von Männern und Frauen. Männern war der öffentliche Bereich zugewiesen (die Lohnarbeit), Frauen der private Bereich (die Sorge für Mann und Kinder, die Pflege der Eltern) in finanzieller Abhängigkeit vom Mann. Die unterschiedliche Vergesellschaftung besteht bis heute fort, wenn auch in abgemilderter Form. Heute sind Frauen doppelt vergesellschaftet, d.h. dass sie auch einem Beruf nachgehen, ist selbstverständlich. Die Anforderungen an Männer im Privaten haben sich aber nicht im gleichen Maß verändert. Es wird nicht erwartet, dass sie nach der Geburt eines Kindes zu Hause bleiben. Wenn sie sich an der Hausarbeit beteiligen, ist oft von „helfen" die Rede, als wäre diese Arbeit eigentlich nicht ihre.

Die Öffentlichkeit ist als Raum mit stereotyp männlichen Anforderungen (Rationalität, Härte, Durchsetzungsfähigkeit) konzipiert. Die Privatsphäre ist der Raum für stereotyp Weibliches (Intimität, Geborgenheit, Schwäche zeigen können). Zu unserem Rückzugsraum vom Öffentlichen, dem Privaten, gehört die Beziehung, die damit hoffnungslos überlastet wird.

3. Gesellschaft und Individuum
Die Menschen in diesem kollektiven Produktionszusammenhang Gesellschaft tauschen sich nicht darüber aus, wer was braucht und wie viel. Die Waren werden über den Markt vermittelt. Die Menschen brauchen keine persönlichen oder politischen Beziehungen zu den Produzierenden zu unterhalten. Sie müssen die Bedingungen des Zustandekommens der Waren nicht mitbekommen. Das nennt man Entfremdung.

//

Diese drei großen Spaltungen der Gesellschaft schränken die Menschen in ihrer Handungsfähigkeit ein. Sie führen zu Entfremdung und Hilflosigkeit, verhindern Austausch und kollektives Handeln. Emanzipation und die Wiedererlangung der Kontrolle über das eigene Dasein würden also erfordern, diese Spaltungen aufzuheben, abzumildern, oder außer Kraft zu setzen.

Was machen wir stattdessen? Politik aus dem Privaten raushalten. Dinge bitte nicht in das big Picture einordnen.

//

Warum Liebe weh tut

Die meisten kennen diesen Schmerz, der mit der Liebe verbunden ist: Verliebtsein in eine Person, die das nicht erwidert oder sich nicht binden will. Ein Beziehungsalltag, der hinter den Erwartungen zurückbleibt. Das gebrochene Herz. Oder zermatscht und über den Zaun getreten.

Wir verarbeiten Probleme aus unserer Kindheit in unseren späteren Beziehungen, sagen die Freudianer. Und deswegen verorten wir heute, obwohl die meisten von uns sehr ähnliche Erfahrungen mit der Liebe machen, Ursachen und Verantwortung für unsere Unfähigkeit, zu lieben und glückliche Beziehungen zu führen, nicht bei der Liebe oder unseren vorherrschenden Begehrens- und Beziehungsformen, sondern bei uns selbst.

Die israelische Soziologin Eva Illouz hat sich die Gemeinsamkeiten in unseren Erfahrungen mit der Liebe genauer angeschaut, und kam zu einem anderen Ergebnis: Das Problem ist nicht eine fast schon kollektiv unzulängliche Psyche, sondern, wie die romantische Liebe heute funktioniert.

Wir leben in einer Zeit, in der Gefühle gestehen verletzbarer macht als jemals zuvor. Illouz erklärt in ihrem Buch „Why Love Hurts", woran das liegt.

Früher gab es Klasse als Schutz, der das Gesicht wahren ließ bei Zurückweisung. Eine Zurückweisung als „nicht standesgemäß" hatte nichts mit der zurückgewiesenen Person zu tun, sondern mit ihrem sozialen Hintergrund. Es gab Courtship Practices, Werbungspraxen, die das Gesicht wahren ließen, wenn man abgewiesen wurde. Das waren Regeln für eine langsame Annäherung, Schritt für Schritt, von beiden Seiten, und auf Wechselseitigkeit aufgebaut. Gefühle sollten sich langsam entwickeln. Ein Aussteigen war jederzeit möglich, wenn die entsprechenden Signale ausblieben. Ohne größere emotionale Verluste.

In den Beziehungen setzte sich das fort. Einmal getroffene Entscheidungen für eine*n Partner*in wurden nicht so leicht wieder in Frage gestellt. Frauen lebten zwar in finanzieller Abhängigkeit von ihren Männern, emotional waren sie aber nicht so leicht zu erschüttern, weil Ehe und Familie als solidarische Bindungen verstanden wurden, und nicht, wie heute, als Hort der Selbstverwirklichung.

Wenn man heute liebt und abgelehnt wird, hat man in Zeiten neoliberaler Subjektivierung ein Problem mit dem Selbst.

Wenn deine Beziehungen kaputt gehen: Bist du nicht begehrenswert genug. Verbessere dein Selbst. Es zählt nur noch die Liebe. Und wer nicht geliebt wird, hat ein Problem mit seinem sozialen Wert. Was stimmt nicht mit dir, dass niemand bereit ist, dich zu lieben?

Der Kapitalismus wäre nicht der Kapitalismus, wenn nicht ganze Industriezweige Abhilfe für Probleme versprechen würden, die es ohne ihn so nicht gäbe. In dem Fall: Psychotherapien, Paartherapien, Selbsthilfe-Literatur und Frauenzeitschriften, die voll sind mit Schritt-für-Schritt-Anleitungen zum Beziehungsaufbau, „How to Make Him Want You“, „Liebe lernen“, „Wie Partnerschaft gelingt“, „Stop Hurting“.

Liebe ist ein Markt. Sex ist ein Markt. Sexiness ist Kapital auf dem Dating-Markt, käuflich und konsumierbar. Sex hat nicht erst in Sexarbeit Warenform.

Wir evaluieren heute potentielle Partner*innen nach zwei Kriterien: Emotionaler Intimität und psychologischer Kompatibilität auf der einen Seite, Sexiness auf der anderen.

Die erstere Idee sucht, die unterschiedlichen Eigenschaften und psychologischen Verfasstheiten der Beteiligten miteinander zu vereinbaren, kompatibel zu machen. Und Sex Appeal oder Sexiness spiegelt den kulturellen Schwerpunkt auf Sexualität und körperlicher Attraktivität wider, unabhängig von moralischen Werten, also auch von der ersteren Idee, den Emotionen.

Schönheit war früher nicht sexuelle Ausstrahlung, sondern gleichzeitig körperliche und geistige Kategorie. Sexiness funktioniert unabhängig vom Geistigen.

Sexuelle Anziehung ist eine Ware. Die notwendige Ressourcenverknappung erfolgt durch Körpernormen. Den höchsten Wert haben normschöne Körper. Weiß / nicht schwarz, dünn / nicht dick, cis- / nicht trans, ableisiert / nicht behindert. Diesen Wert kann man herstellen und steigern durch Arbeit: Sport, Diäten, Operationen, Hautaufhellung, Haarglättung, Kosmetik, Mode; Investition von Zeit und Geld steigert die heteronormative Begehrbarkeit.

//

Wahlfreiheit und Autonomie

Wahlfreiheit ist das Leitbild unserer Zeit. Wahlfreiheit und der Anspruch, die bestmögliche Wahl zu treffen, nicht eine passende oder ausreichend gute, sondern die zum jeweiligen Zeitpunkt beste.

Es gibt heute eine fast unbegrenzte Auswahl potentieller Partner*innen, und immer noch eine Möglichkeit, dass die nächste Beziehung die bessere Wahl wird. Ständige Introspektion und Selbstreflexion macht die Entscheidungen schwerer. Wer bin ich? Was will ich? Was erwarte ich von der Liebe? Bekomme ich genug von dem, was ich brauche?

Das ist zu viel Auswahl, wenn man Illouz folgt, um uns noch festlegen zu können. Die Folge ist Überforderung und unglückliche Liebe.

Liebe und Beziehung gehören zu den Lifestyle Choices mit der größten sozialen Anerkennung. Anders als im Beruf, den die meisten ausüben aus dem einfachen Zwang heraus, Überleben finanzieren zu müssen, werden hier noch deutlich größere Entfaltungsmöglichkeiten gesehen. Mehr Freiheit.

Wir brauchen heute mehr als je zuvor die Liebe als Rückzugsraum, in dem unsere Bedürfnisse nach Nähe und Zuneigung erfüllt werden, in dem wir unverstellt Anerkennung finden können. Und die Notwendigkeit dieser Anerkennung macht unser innerstes Selbst verletzbar.

Illouz folgt Bourdieus Konzept vom sozialen Kapital und zeigt, wie viel von ihrem Selbstwert nicht nur aber vor allem heterosexuelle Frauen über die Wahrnehmung von außen beziehen. Zu einem großen Teil über ihre Begehrbarkeit.

Beziehung ist Quelle für Bestätigung und sozialen Wert.

Die Anforderungen an die Geschlechter sind dabei durch Sexismus strukturiert. Heterosexuelle Männer sind von Zwängen etwa durch Schönheitsnormen in erheblich geringerem Maß betroffen und haben bessere Möglichkeiten, das auszugleichen. Weil sie in einer durch Sexismus strukturierten Gesellschaft als Kollektiv immer noch über mehr Machtmittel verfügen.

Postmoderne Liebe ist voller Widersprüche und paradoxer Anforderungen.

Wir haben den Anspruch an die Liebe, dass sie nicht begründbar sein darf. Jederzeit aus sich heraus gefühlt werden muss, um echt zu sein. Das heißt, Liebe nach unseren heutigen Vorstellungen versperrt sich der Festlegung. Sie lässt sich nicht binden und nicht durch Absprachen festhalten. Das nimmt Sicherheit und Verbindlichkeit aus unseren Beziehungen.

Autonomie hat heute oberste Priorität. Aber Liebe zerstört Autonomie. Wer Liebe gesteht, riskiert, enttäuscht zu werden. Wer stärker liebt, begibt sich in eine emotional unterlegene Position. Wir wollen autonome Subjekte lieben. Wer liebt, ist aber nicht mehr autonom. Verfügbarkeit macht uninteressant[er].

Sich davon frei zu machen, gelingt auch heute noch heterosexuellen Männern besser als allen anderen. Ihre frühere Vormachtstellung hatte ökonomische Ursachen. Heute verschiebt sie sich hin zu einer (auch) emotionalen.

Unser Selbstwert ist eng mit der Liebe verknüpft. Die Liebe ist jetzt der Ort, an dem die meisten Erfüllung suchen. Und gleichzeitig unsicherer als je zuvor.

Das ist, warum Liebe weh tut.

//

III. ALTERNATIVEN

Mehrfachbeziehungen?

Mehrfachbeziehungen können helfen,

Beziehungen zu entlasten. Bedürfnisse auf mehrere Menschen verteilen. Bedürfnisse, die in der einen Beziehung nicht erfüllt werden, in eine andere Beziehung tragen.

Mehrfachbeziehungen haben aber auch riesiges Potential, Ungleichheit zu verstärken. Die Gefahr, Bedürfnisshopping zu betreiben und nötigen emotionalen Support nicht zu leisten, ist groß. Womit wir wieder bei den Machtverhältnissen wären. Dem großen Ganzen, in das die meisten ihre „privaten" Beziehungen nicht einordnen wollen.

Nicht-Monogamie kann man auf viele verschiedene Arten leben: Feste Partnerschaften, offene Beziehungen, Freundschaften, Monogamie plus, Polyamorie, Beziehungsanarchie, ... Manche beinhalten Hierarchien, teils aus praktischen Gründen. Was nichts daran ändert, dass Hierarchien ein enormes Potential für Scheiße haben. Manche haben primäre und sekundäre Beziehungen, mit oder ohne Relationship Escalator.

Mehrfachbeziehungen sind nicht an sich schon emanzipatorisch, auch wenn viele, die so leben, das glauben. Den emanzipatorischen Anspruch muss man mitbringen. Und dann ist es immer noch harte Arbeit, die sich viele lieber nicht machen.

Was hindert uns? (Abgesehen von privilegierter Ignoranz und Faulheit.)

Eifersucht zum Beispiel, die Allzweckwaffe des romantischen Liebesideals.

Ziemlich viele der negativen Gefühle, die wir unter Eifersucht zusammenfassen – Unsicherheit, Angst vor Zurückweisung oder Verlassenwerden, sich ausgeschlossen, nicht gut genug, unzulänglich fühlen, sind vermeidbar durch ein paar ganz banale Rücksichten. Wer The Ethical Slut gelesen hat, dürfte den Teil kennen.

Die Zweierbeziehung ist ein Sonderfall unter den Beziehungen. Die einzige, bei der wir davon ausgehen, dass sie exklusiv sein müsste. Bei Freundschaften glauben wir nicht, dass unsere Gefühle weniger werden, wenn wir mehrere Freund*innen haben. Eltern mehrerer Kinder lieben die einzelnen nicht weniger.

Man teilt nicht eine bestimmte Menge Zuneigung auf, die weniger wird, wenn sie auf mehr Menschen verteilt wird. Auf der anderen Seite haben wir aber nicht endlos Zeit, Kraft und andere Ressourcen, füreinander da zu sein. Das muss nicht, kann aber, zum Problem werden.

Dass man Eifersucht nicht einfach als persönliche Unzulänglichkeit abtun kann, dürfte nach dem Abschnitt über „Why Love Hurts" klar geworden sein. Konkurrenzdenken ist eine logische Konsequenz der Vergesellschaftung in kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen. Solche negativen Gefühle zu individualisieren und auf eine unzulängliche Psyche zu schieben, wie das in unpolitischen / esoterischen [nicht nur] Poly-Zusammenhängen oft gemacht wird, ist meines Erachtens nicht der beste Umgang.

Aufmerksamkeit wollen ist nichts Schlimmes. Wenn Menschen in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, um Aufmerksamkeit konkurrieren müssen, ist auch Mehrfachbeziehung nicht emanzipatorisch.

Wenn Ressourcenverteilung ein Problem ist, hilft oft einfach die Rückversicherung, dass eine*m jemand nicht egal ist.

Und zum Schluss: Jede*r hat ein Recht auf Vorhersehbarkeit. Auch in Mehrfachbeziehungen.

Was Mehrfachbeziehungen leisten könnten: Helfen, mit Dingen, die in Zweierbeziehungen oft als selbstverständlich angenommen werden, anders umzugehen. Mehrfachbeziehungen brauchen explizitere Aushandlung, und da liegt ihr größtes Potential für positive Veränderung. Nicht allein im Schritt aus der Exklusivität.

Andere Alternativen?

Keine Beziehung(en), keine romantischen Beziehungen, Romantik hinterfragen. Nicht nur das „Zweier-" an der Romantischen Zweierbeziehung problematisieren.

Konkretere, explizitere Aushandlung von Beziehungen, Zeiteinteilungen, Arbeitsteilung. (Wenn man zusammen lebt: Sexistische Arbeitsteilung explizit machen.)

Liebe, Freundschaft und Familie könnten sich einiges voneinander abschauen. Liebe hat ein Ablaufdatum. Freundschaft nicht. Den Unterschied erkennen und anders machen. Romantische Liebe könnte durch Annäherung an Freundschaft besser werden.

Merken, wo wir die RZB zum Nachteil anderer privilegieren. [Oder die Haupt- oder irgendeine andere Beziehung.] Hierarchien sichtbar machen.

Emotionale Abhängigkeiten nicht ausnutzen und nicht ausnutzen lassen. Nicht immer nur da sein. Zuhören, aber nicht immer nur Zuhören. Helfen. Aber nicht die Therapie ersetzen.

Sehen wo gängiges Beziehungsverhalten Teil männlicher Dominanzreproduktion ist.

Denkt euch was aus.

//

http://sanczny.blogsport.eu/2015/05/25/romantische-zweierbeziehung-und-warum-liebe-wehtut/

Zur Zensur von indymedia linksunten

Am 25. August 2017 verkündete CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière das Verbot der Open-Posting-Plattform Indymedia linksunten. Ab 5:30 Uhr am frühen Morgen durchsuchten 250 PolizistInnen vier Privatwohnungen und das Autonome Zentrum KTS in Freiburg. Die Durchsuchungen richteten sich gegen fünf namentlich genannte Personen, drei von ihnen wurde von den die Razzien durchführenden BeamtInnen des LKA Baden-Württemberg die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums überreicht. Das Bundesinnenministerium beauftragte das Landesinnenministerium Baden-Württemberg und dieses das Regierungspräsidium Freiburg mit der Durchführung des Verbots. Das Regierungspräsidium Freiburg wiederum ersuchte das Landeskriminalamt Baden-Württemberg um Amtshilfe. Am 1. September beschlagnahmte das LKA weitere IT-Infrastruktur in Freiburg, da die in der ersten Razzia beschlagnahmten Computer „stark kryptiert" seien. In der Woche nach den Razzien wurden die Betroffenen rund um die Uhr von Observationsteams beschattet, die Beschlagnahmung von Post und Mails wurde angeordnet. Eine Woche nach den Razzien wurde das Auto eines Betroffenen aufgebrochen und die Innenverkleidung der Fahrertür geöffnet. In der KTS wurden während der Razzia Tresore aus den Wänden gerissen und fast alle Schlösser zerstört, das AZ wurde verwüstet. Zusammen mit den Beschlagnahmungen von Geld und technischen Geräten beläuft sich der Schaden auf rund 80.000 Euro.

Nieder mit der Vereinsmeierei

Verboten wurde Indymedia linksunten nach dem Vereinsgesetz. Dafür mussten die Behörden zunächst einen „Verein" konstruieren, um diesen dann wiederum mit diesem Gesetz verbieten zu können. Zudem mussten sie Personen identifizieren und diesem „Verein" zuordnen, um ihnen die Verbotsverfügung förmlich zustellen und das Verbot damit vollziehen zu können. Die AnwältInnen der drei Personen, denen diese Verbotsverfügung zugestellt wurde, haben kurz nach der Durchsuchung Klage gegen das Verbot vor dem Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Auch gegen die vom Verwaltungsgericht Freiburg angeordneten Durchsuchungen und Beschlagnahmungen wird juristisch vorgegangen.

Geheimdienst und Polizei Hand in Hand

Die dünnen Belege für die Zuordnung der von der Repression betroffenen Personen zu dem von den Behörden konstruierten und verbotenen „Verein" stützen sich wesentlich auf Informationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg. Offenbar wurden die Seite und die vermeintlichen BetreiberInnen bereits seit Jahren intensiv beobachtet, doch trotzdem sind die angeführten Belege in den Akten dürftig. Die Zuordnung der Betroffenen zu dem verbotenen „Verein" und die Anträge auf Durchsuchungsanordnungen wurden hauptsächlich mit drei alten, vagen Spitzelberichten des BfV von öffentlichen linksunten-Treffen aus den Jahren 2008, 2011 und 2013 in Freiburg und Tübingen begründet, die zudem kaum Kenntnisse über lokale Strukturen enthalten. Darüber hinaus wurden neben im Internet veröffentlichten Texten und Kommentaren einige wenige Erkenntnisse aus G10-Maßnahmen angeführt: Eine abgefangene SMS und ein abgehörtes Telefonat.

Raubzug des Geheimdienstes

Bereits vor den Razzien wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Beute versprochen. Geheimdienstmitarbeiter sollen auch an jenem 25. August in Freiburg vor Ort gewesen sein, um die beschlagnahmten Dokumente noch vor Ort zu sichten. Ihre Aufgabe war es, Informationen für etwaige weitere Razzien zu besorgen, die dann noch am gleichen Tag hätten stattfinden sollen. Alle beschlagnahmten Dokumente wurden dem Inlandsgeheimdienst in Köln übergeben, das geraubte Geld wurde auf das Konto der Bundeskasse eingezahlt und die Computer wurde nach Stuttgart zum LKA geschafft. Dort wollen sich LKA, Bundespolizei und BfV gemeinsam um die Entschlüsselung der beschlagnahmten IT-Infrastruktur bemühen. Nicht beschlagnahmt wurden die linksunten-Server, auf welche die Behörden nach unserem Kenntnisstand zu keinem Zeitpunkt Zugriff hatten.

Solidarität ist eine Waffe

Die Nachrichtenagentur Reuters schrieb: „Es handelt sich um das erste Verbot einer linksextremistischen Vereinigung durch einen Bundesinnenminister." Dies lässt zwar einige Vereinsverbote ausländischer linker Organisationen in Deutschland und Vereinsverbote im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot in den 1950er Jahren unberücksichtigt, ist von der Tendenz her aber zutreffend. Die von den Razzien betroffenen Linken werden stellvertretend für die vielen recherchierenden Antifas und bekennenden SaboteurInnen, für die militanten AfD-GegnerInnen und mobilisierenden AntikapitalistInnen kriminalisiert, welche Geheimdienst und Polizei über Jahre nicht identifizieren konnten. Es ist eine Frage der Solidarität, dass wir diejenigen, die nun angegriffen wurden, nicht auf den Kosten sitzen lassen. Es ist eine Frage des Selbstschutzes, dass wir die Klagen gegen die Kriminalisierung linker Medien unterstützen. Das alles kostet viel Geld, deshalb spendet auf das Indymedia-Solikonto der Roten Hilfe OG Stuttgart, IBAN: DE66 4306 0967 4007 2383 13, BIC: GENODEM1GLS, Stichwort: linksunten oder per Bitcoin an: 129o3jjBydCzrE1U4NZKdF3QpNiX1aCsM2.

durch das Bundesinnenministerium

Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht

Am Tag der Razzien ging die Seite offline. Wenig später wurden die DNS-Einträge von linksunten.indymedia.org geändert und die „Declaration of the Independence of Cyberspace“ von John Perry Barlow unter der URL verbreitet. Den virtuell angekündigten Relaunch wird es aufgrund der realen Repression wohl nicht geben. Es ist aber davon auszugehen, dass es Sicherheitskopien der Seite außerhalb Deutschlands gibt, so dass es den Repressionsbehörden nicht gelingen dürfte, das Archiv der Seite dauerhaft aus dem Netz zu verbannen. Insofern hat Barlow schon Recht: „Cyberspace does not lie within your borders.“

Harte Zeiten erfordern unabhängige Medien

Indymedia linksunten wurde 2008 gegründet und ging kurz vor dem NATO-Gipfel Anfang 2009 online. Die Seite war strömungsübergreifend konzipiert und legte viel Wert auf gleichzeitige Partizipation und Anonymität ihrer NutzerInnen. In den fast zehn Jahren ihres Bestehens entwickelte sich linksunten.indymedia.org zur wichtigsten linksradikalen Plattform im deutschsprachigen Raum und zur ersten Adresse für alle, die Informationen linker und linksradikaler Bewegungen suchten. Hier wurden Mobilisierungen und Demoberichte verbreitet, Outings und BekennerInnenschreiben gepostet, Recherchen und Analysen veröffentlicht, Leaks und Hacks gestreut. Das Bundesinnenministerium versuchte, die journalistische Plattform auf kriminelle Inhalte zu reduzieren, aber das wird der Masse an Veröffentlichungen nicht gerecht, von denen die allermeisten nur aus einem einzigen Grund auf Indymedia linksunten veröffentlicht wurden: Nirgendwo sonst wären sie wahrgenommen worden.

Nach dem Gipfel ist vor der Wahl

Es ist nicht überraschend, dass eine konservative Regierung wie die große Koalition von CDU/CSU/SPD den Marginalisierten der Gesellschaft keine Stimme zugestehen wollte und mit politischer Zensur die Kritik an ihrer kapitalistischen Austeritätspolitik, an neuerlichen Militäreinsätzen und fataler Klimapolitik zum Schweigen brachte. Doch das Verbot hatte zwei konkrete Anlässe: Zum einen wurde nach dem militanten Protest gegen den G20-Gipfel im Juli in Hamburg der Ruf der Rechten nach Vergeltung gegen linksradikale Strukturen zunehmend lauter. Zum anderen wollte sich die CDU vor der Bundestagswahl im September als Alternative zur rechtsradikalen AfD profilieren.

Steigbügelhalter für die AfD

Mit dem Verbot von Indymedia linksunten hat die CDU eine lange geäußerte Forderung von Rechtsradikalen durchgesetzt. Insbesondere die AfD fühlte sich von den Veröffentlichungen auf Indymedia linksunten bedroht. Ohne den „bürgerlichen Parteien“ ihren Willen zu reaktionärer Politik absprechen zu wollen: Die AfD hat die politische Stimmung in Deutschland bereits so weit verändert, dass ihre Forderung nach einem harten Durchgreifen von den Regierungsparteien übernommen und durchgesetzt wurden.

Die zentrale Plattform des Antifaschismus

Auf linksunten.indymedia.org waren hunderte Artikel und tausende Kommentare mit kritischen Analysen, Rechercheergebnissen und Aktionsaufrufen gegen die AfD veröffentlicht worden. Von der Kundgebung gegen den örtlichen Infostand über den Leak mit Namen von tausenden ParteitagsbesucherInnen bis hin zur Aufdeckung der Überschneidungen zwischen „Identitärer Bewegung“ und der „Jungen Alternative“ – alles fand sich auf linksunten, sehr zum Missfallen der in den Fokus Gerückten. Auch viele Mainstream-Medien berichten kritisch über die AfD, die erstarkende „Neue Rechte“ und ihre Überschneidungen mit hinlänglich bekannten „Alten Rechten“. Bisher basierten diese Recherchen und Artikel oft auf Indymedia linksunten: Manchmal mit, meistens ohne Quellenangabe.

Rechtes Medienprojekt im Schatten der Zensur

Dies wurde von den angegriffenen Rechtsradikalen zunehmend als Bedrohung empfunden. Und zunehmen begriffen sie die Bedeutung „eigener“ Medien. In den letzten Jahren entstanden dutzende rechtsradikale Online-Plattformen und Medienprojekte, die mit ihrer rechten Hetze teilweise ein großes Publikum erreichen. Auch die Organisierungsbemühungen verstärken sich parallel zum Aufstieg der AfD: Fast zeitgleich zum staatlichen Verbot

von linksunten wurde nun zu einem „Medienkooperations-Treffen“ dieser rechtsradikalen Plattformen eingeladen. Am 27. August wollten sich Vertreter von um die zehn rechtsradikalen Medienprojekten treffen, darunter die Macher von „Compact“ und „PI-News“.

Arbeitstitel: „Hermes Medianet“

Bereits im Vorfeld des Treffens war ein ausführliches Konzept zur Vernetzung und Strukturierung der rechtsradikalen Medienlandschaft erstellt worden. Darin wird beklagt, dass das „etablierte Mediennetzwerk“ seine „ideologischen Narrative Großteils ungestört verbreiten“ könne. Ziel des Vernetzungstreffens in Berlin sei „neben dem persönlichen Kennenlernen der Entscheidungsträger und dem Aufbau von Vertrauen“ eine „Initialzündung für eine institutionalisierte Zusammenarbeit“. Pathetisch wird dabei eine „historische Stunde“ beschworen, die nicht „ungenutzt vorüberziehen“ dürfe: „Jedem Teilnehmer muss bewusst sein, dass der Grundstein für eine grundsätzliche Kehrtwende in der politischen Kultur Europas gelegt werden könnte. Denn unabhängige Medien müssen endlich wieder die Regierung kontrollieren und den Missstand beenden, dass das Establishment die Medien kontrolliert.“

Nazis machen auf Presseagentur

Bei dem Treffen in der Habsburgerstraße 14 in Berlin-Schöneberg sollten „drei Säulen einer künftigen Zusammenarbeit besprochen werden“. Diese drei Säulen sollten einen „Medienservice“, eine „Datenbank“ und ein „Netzwerk“ umfassen. Unter „Medienservice“ wurde großspurig ein „Presseportal nach dem Vorbild der DPA/APA zur erleichterten Verbreitung originärer Nachrichten“ angekündigt. In mehreren Schritten sollten dabei zunächst die „beteiligten Medien“, dann „freie, bekannte Blogger“, dann „Initiativen, Parteien und Unternehmen“ und zuletzt „Medien aus anderssprachigen Ländern“ für die Nutzung dieses Portals freigeschaltet werden. Die „zweite Säule“ sollte gemäß des vorgestellten Konzepts eine Datenbank mit „Bildern, Videos und Dokumenten“ umfassen. Als „dritte Säule“ wurde ein „echtes Mediennetzwerk“ mit der „Ausarbeitung eines eigenen Pressekodex und regelmäßigen Treffen“ einschließlich „Schulungen, gegenseitige Hilfestellungen und die Vermittlung von Kontakten“ anvisiert.

„Einprozent”: Nazis finanzieren Nazis

Dieses Gründungstreffen von „Hermes Medianet“, zu dem sowohl deutsche als auch österreichische rechte Medienprojekte eingeladen worden waren, wurde maßgeblich von Patrick Lenart vorangetrieben. Lenart ist bisher vor allem durch seine Führungsposition bei der österreichischen „Identitären Bewegung“ bekannt, arbeitet für „Einprozent“ und ist an „Info-Direkt“ auch finanziell beteiligt. „Info-Direkt“ wird maßgeblich von Ulrich Püschel, Jan Ackermeier und Michael Scharfmüller betrieben und tut sich neben rechtsradikalen Publikationen, zu denen immer wieder Anti-Antifa-Texte gehören, unter anderem durch die Organisation des rechtsradikalen Kongresses „Verteidiger Europas“ hervor, der erstmals im Herbst 2016 in Linz stattfand und im März 2018 eine Neuauflage erfahren soll. Auch hierbei steht die von Burschenschaftern dominierte „Identitären“-Geldwäsche-Organisation „Einprozent“ als Finanziererin im Hintergrund bereit. All diese Organisationen werden es in Zukunft leichter haben ohne eine unkorrumpierbare und unabhängige Rechercheplattform wie Indymedia linksunten.

Antifaschismus ist und bleibt notwendig

Das Verbot von Indymedia linksunten ist Teil eines europaweiten Rechtsrucks. Der Brexit basiert auf Rassismus, in Österreich wird die „Deutsche Burschenschaft“ an der Regierung beteiligt, in Spanien und Italien ist die Repression gegen Linke Alltag, der französische Ausnahmezustand wurde zur Normalität erklärt und in Ungarn ist der Faschismus bereits an der Macht. Die Analyse im Einladungsschreiben zur Gründung von Indymedia linksunten aus dem Jahr 2008 hat sich bestätigt: „Es sind finstere Zeiten für soziale Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, der Zeitgeist ist kapitalistisch. In unserer Gesellschaft verstärken sich rechte Tendenzen und der Staat wird zunehmend autoritärer. [...] Indymedia als strömungsübergreifendes Netzwerk hat das Potential die alten und neuen Projekte zusammenzuführen und dadurch ihre Außenwirkung zu multiplizieren.“

Deutschland, wir weben dein Leichentuch

Doch in Deutschland wird seit jeher gerne verboten, was sich nicht kontrollieren lässt. Indymedia linksunten hatte es geschafft, weit über die linke Szene hinaus rezipiert zu werden, ohne dass der Staat die Inhalte kontrollieren konnte. Dieser Erfolg der Plattform führte letztendlich zu ihrem Verbot, was sich auch im Namen der Arbeitsgruppe des Geheimdienstes zur Vorbereitung die Zensur widerspiegelt: AG Epizentrum. Mit dem Verbot von Indymedia linksunten wurde das erste digitale Massenmedium der deutschsprachigen radikalen Linken zensiert. „Doch unsere Ideen sind noch immer lebendig, unser Widerstand ist nicht gebrochen.”

Der Kampf geht weiter!

von Autonome Antifa Freiburg

40 Jahre in Bewegung – 40 Jahre Alhambra
40 Jahre-Fest 20.-23.9.2018

1978 wurde das Alhambra als Aktions- und Kommunikationszentrum eröffnet. Ein Jahr zuvor wurde das Gebäude in der Hermannstr. 83 gekauft und in Selbstverwaltung renoviert. Seitdem ist dieser Ort von der linken Bewegung gezeichnet. Wie auf der ersten Seite der Zeitung zu lesen ist, ist es als AZ dieser Größe eines der wenigen in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Dadurch war und ist das Alhambra Treffpunkt verschiedenster politischer Gruppen und konnte von Beginn an gerade den Personen Räume zur Verfügung stellen, die zum Teil sonst keine bekommen hätten – zum Beispiel der queeren Szene.

Vom 20.-23.9.18 wird nun das vierzigjährige Bestehen in dieser Form im Rahmen eines verlängerten Festwochenendes gefeiert. Hier schon mal ein erster Einblick in das angedachte Programm:

Donnerstag 20.9. abends Kino und Kneipe

Freitag 21.9. abends Konzert – Infos folgen noch

Samstag 22.9. tagsüber Workshops, abends Gala und Konzert

Sonntag 23.9. tagsüber ‚Tag der offenen Tür', Straßenfest und Workshops

Das 40 Jahre-Plenum lädt herzlich zum Kommen, Feiern und Mit-Organisieren ein!

PS.: Falls jemensch im Jahr 2018 eine Veranstaltung / Aktion oder ähnliches zu 40 Jahre Alhambra organisieren möchte, freut sich das 40-Jahre-Plenum über Rückmeldung per Mail an *alhambra@alhambra.de*

Termine

April

Fr.	20.4.	22:00	Welcome to Høll Shows
Sa.	21.4.	22:00	MäFa (nur für Männer)
Sa.	28.4.	23:00	Rosa Disco
So.	29.4.	15:00	Info-/Disssionsveranstaltung: (Migrantische) Arbeit in der Fleischindustrie

Mai

Di.	1.5.	15:30	Straßenfest nach autonomer 1.Mai - Demo
Fr.	4.5.	20:00	Fat Hoschi Concerts: POTENCE (Crust | Screamo), GERANIÜM (Crust/HC) NINE ELEVEN (Post-HC) | THE TIDAL SLEEP (Post-HC)
Sa.	5.5.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Fr.	11.5.	22:00	Unterste Schublade - Konzert
Mi.	16.5.	21:00	Punkkneipe & Fat Hoschi Concerts: HiËna (D-Beat | HC), Small Hours (Post-HC)
Fr.	18.5.	22:00	Reggae: Mash up di place
Sa.	19.5.	22:00	MäFa (nur für Männer)
Fr.	25.5.	22:00	Welcome to Høll Shows
Sa.	26.5.	23:00	Rosa Disco

Juni

FR.	1.6.	22:00	REggae: Mash Up Di Place
Sa.	2.6.	22:00	Homophilias
Sa.	9.6.	15:00	40 Jahre Alhambra - Eine Einladung, Herbert Marcuses „Versuch über die Befreiung“ neu zu diskutieren
Sa.	16.6.	22:00	MäFa (nur für Männer)
Sa.	30.6.	23:00	Rosa Disco

wöchentlich

Mo.	20:30	Lindy-Hop
Di.	17:00	No Future Yoga
Mi.	18:30	Awareness-Treffen
Mi.	20:00	Jonglage / Akrobatik
Do.	18:30	Samba Action Band – ‘Rythms of Resistance Oldenburg’
Do.	19:00	Kurdistan Solidaritätskomitee Oldenburg
Do.	20:30	Vokü – anschließend Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mo.	18:00	offener Kreativ-Treff
1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
2. Mo.	18:00	Antifaschistischer Fußball-Treff
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
2. Mi.	21:00	Haus Friedensbruch Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
4. Mi.	20:00	Queer-Cafe
4. Mi.	19:30	FLIT* (FrauenLesbenInterTrans*) Nutzer*innen-Plenum
1. Do.	18:00	‘Stop Deportation’-Gruppe
letzten Sa.	15:00	Betreutes Fahrradschrauben
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer*innen-Plenum

jeden Do. 18-21 Uhr Infoladen “roter strumpf”